Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 70 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 248. Donnerstag, den 23. Oktober 1919. 26. Jahrg.

Judenfresser.

Gegen den Sozialismus den Antisemitismus auszuspielen, ist ein alter Trick der Reaktion. Schon gründlich erprobt unter dem Sozialistengesetz zur Stöckerzeit, dann wieder zehn bis fünfzehn Jahre später erneuert durch Ahlwardts „Judenflinten" und den Dreschgrafen Pückler, jetzt modern frisiert durch Knüppelkunze und all die anderen Antisemiteriche, die sich gegenseitig „Euer Deutschgeboren" anreden.

Die Juden waren im alten Staat von der Verwaltungslaufbahn, der Richterschaft und dem Offizierkorps ausgeschlossen. In der herrschenden Klasse konnten sie also keine Karriere machen, und es fraß an ihnen das Gefühl bittersten Unrechts. So wurde die starke jüdische Intelligenz naturgemäß zu einem Teile in das radikale Lager getrieben, und unter den sozialdemokratischen Akademikern waren zahlreiche Juden, und die Reaktion tat dann noch ein Uebriges und machte au chaus Wolfgang Heine, Eduard David und Richard Fischer Juden, obwohl das ein Geburtsfehler ist, den man ihnen zu allerletzt nachsagen kann.

Dazu kam, daß die Juden in der Arbeiterklasse selten dagegen im Kaufmannsstande überaus zahlreich vertreten sind. Das hängt mit der jüdischen Geschichte zusammen: die Juden waren Jahrhunderte lang vom Handwerk, vom Grunderwerb und vielen anderen Berufen ausgeschlossen und gewaltsam auf den Warenschacher, die Geldleihe (lies: Wucher) und das Studium, die Talmudgelehrsamkeit, angewiesen. Als dann der Kapitalismus hoch kam und die alten gesetzlichen Fesseln zerbrach, waren die Juden in hervorragendem Maße für das kapitalistische Treiben geeignet. Der jüdische Wohlstand steht im Durchschnitt in den Weststaaten wesentlich höher als der allgemeine Volksdurchschnitt, während in Osteuropa die Juden gänzlich Proletarier auf tiefster Wirtschaftsstufe sind. Jedenfalls war es hier und dort nicht schwer, den Haß der Ungebildeten auch wirtschaftlich gegen die Juden zu lenken.

Dann kam der Weltkrieg. Die Juden waren vielfach große Kriegsgewinner, und der Vorwurf der Drückebergerei wurde häufig gegen sie erhoben. Mit welchem Recht, ist schwer festzustellen. Es hat zu Kriegsbeginn zahllose jüdische Freiwillige gegeben, aber später haben gerade die körperlich oft nicht sehr tüchtigen Juden, die teilweise auch von den Offizieren nicht gerade besonders freundlich behandelt wurden, sich auf Druckposten zurückgezogen — was ja schließlich in den letzten Kriegsjahren fast jeder tat, der dazu Gelegenheit fand. Im ganzen geht zweifellos durch die Völker eine starke antijüdische Welle, und da nun die Revolution in Deutschland auch einige wenige Juden in die Regierungen gebracht hat, so hat die Reaktion mit Vergnügen den alten antisemitischen Karrengaul vor ihren Wagen gespannt und sucht damit vorwärts zu kommen. Auch die deutschnationale Volkspartei hat sich jüngst gegen den „jüdischen Geist" stark gemacht und dabei vorsichtshalber den Pogrom- und Radauantisemitismus abgelehnt. Die Deutsche Volkspartei hat wenigstens gegen die Zuwanderung von Ostjuden protestiert, und in diesem Protest liegt ein Stück Vernunft, denn man kann natürlich nicht schrankenlose Einwanderung zulassen, während das deutsche Volk in der größten Lebensmittel- und Wohnungsnot ist.

Im allgemeinen kann man sich darauf verlassen; daß die antisemitische Welle bald vorüberflutet. Die Unsinnigkeit der Judenhetze, hinter der sich regelmäßig wirtschaftlicher und politischer Rückschritt verbirgt, hat das deutsche Volk auch in früheren Zeiten jeweils nach ein paar Jahren scharf durchschaut. Auch jetzt wird die Partei, ohne die Fehler der kapitalistischen Juden liebedienerisch zu bemänteln, den Kampf gegen den Antisemitismus aufnehmen und kräftig zum Siege führen.

So weist z. B. in der „Essener Arbeiterzeitung" ein Kruppscher Werkangehöriger darauf hin, daß eine ganze Anzahl von mit Namen genannten Juden in den Kruppschen Hütten und Gruben schwerste körperliche Arbeit verrichten, und daß es im ganzen Industrierevier kaum ein größeres Werk gibt, auf dem nicht wenigstens ein Jude in der Belegschaft oder als Meister werktätig arbeitet. In Dortmund ist ein Jude Innungsobermeister, und selbst die Zahl der jüdischen Bauern ist in den letzten Jahren gewachsen. Unter den deutschen Fliegern im Weltkrieg sind nicht weniger als 300 Juden gewesen.

Für einen Sozialdemokraten kommt natürlich der Judenhaß ernsthaft überhaupt nicht in Frage. Dafür steht die Partei wissenschaftlich und geistig zu hoch. Sie kennt den tieferen Urgrund der Entwicklung und braucht sich nicht irgendwelche leicht erkennbare Sündenböcke zu suchen. Ihr Feind ist der Kapitalismus, der im Wesen überall der gleiche ist, ob sein jeweiliger Vertreter an den Davidschild oder an das Kreuz glaubt, und die Ueberwindung des Kapitalismus wird mit allen anderen Menschen auch die Juden ändern; denn es ist das wirtschaftliche Sein der Menschen und nicht ihre Herkunft oder ihr Denken, das ihre Art bestimmt und der Entwicklung die Richtung weist. L. M.

Die Untersuchung der Kriegsschuld.

Zweite öffentliche Sitzung.

Berlin, 22. Oktober.

Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses setzte heute die Verhandlungen mit der weiteren

Vernehmung des Grafen Bernstorff

fort.

Dr. Quarck (SD.): Der Zeuge hat gestern Aeußerungen gemacht, wonach in der kritischen Periode 1916 Wilson erklärt habe, er könne England nicht zwingen, weil Wilson nicht die amerikanischen Handelsbeziehungen mit England stören dürfe. Ich halte diesen Punkt für außerordentlich wichtig zur Beurteilung der Wilsonschen Politik und bitte um nähere Auskünfte über diese Angelegenheit.

Graf Bernstorff: In dem ganzen Jahre vom 7. Mai 1915 bis zum 4. Mai 1916 folgte eine deutsch-amerikanische Kontroverse der anderen. Jedesmal, wenn wir glaubten, irgend etwas erreicht zu haben, geschah wieder eine Versenkung oder ein anderer Vorfall trat ein, der alle Verhandlungen mit Amerika illusorisch machte. Während dieser Zeit hatte sich der gesamte amerikanische Handel auf die Entente eingestellt, die Ausfuhr nach den Ententeländern war so groß, daß eine Lieferung nach Deutschland nur ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen wäre. Die amerikanischen Handelskreise hatten rundweg ein Interesse daran, ihren Handel mit der Entente aufrechtzuerhalten. Wenn also Wilson so vorgegangen wäre, daß er diesen Handel gestört hätte, so würde er die öffentliche Meinung in Amerika gegen sich gehabt haben.

Geheimrat Schäfer: Am 5. April 1916 hatte sich der Reichskanzler zum ersten Male im Reichstage über die Kriegsziele ausgesprochen und erklärt, Belgien solle nicht wieder ein Bollwerk in der Hand der Feinde werden. Darum müsse dahin gearbeitet werden, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich in unserer Hand bleibe. Das war in derselben Zeit, als der U-Boot-Krieg in verschärfter Form sich vollzog. Wie stellte sich die amerikanische politische Autorität zu dieser deutschen Forderung?

Professor Dr. Hötzsch: Graf Bernstorff ist also der Ansicht, daß Wilson nicht in der Lage war, gegen die öffentliche Meinung aufzutreten.

Graf Bernstorff: Gerade wegen Belgien ist die öffentliche Meinung in Amerika in erster Linie gegen uns aufgebracht gewesen. Bis zur „Lusitania"-Versenkung war überhaupt in der ganzen antideutschen Propaganda in Amerika eigentlich von nichts anderem die Rede als Belgien.

Vorsitzender Warmuth: Es sind eine ganze Reihe von Instruktionen über die belgische Frage an Sie gelangt. Es wurde Ihnen nahegelegt, dahin zu wirken, daß Wilson überzeugt sein könne, daß wir von einer Annexion Belgiens nichts wissen wollten. Glauben Sie, daß Wilson das anerkannt hätte, wenn Sie es ihm vorgetragen hätten oder hätte er vorher verlangt, daß eine Wiederherstellung erfolgt wäre.

Graf Bernstorff: Wenn wir erklärt hätten, daß wir Belgien nicht annektieren sollten, würde dies Wilson für seine Friedensverhandlungen genügt haben.

Abg. Dr. Schücking: Durch welche Ereignisse, abgesehen von der Ausübung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und von der Deportation der Belgier, ist die amerikanische Stimmung gegen uns beeinflußt worden, so daß die amerikanische Bevölkerung die Sympathie für die Friedensverhandlungen verlor?

Graf Bernstorff: Es handelt sich dabei um die sogenannten deutschen Verschwörungen in den Vereinigten Staaten. Es wurde behauptet, daß von deutscher Seite Verschwörungen in Amerika veranstaltet worden sind, die mit den amerikanischen Gesetzen nicht in Einklang ständen.

Abg. Dr. Cohn (USP.): Welcher Art waren sie?

Graf Bernstorff: Nach meiner Auffassung hat es Verschwörungen nicht gegeben. Es sind nur einzelne Handlungen vorgekommen, die mit den Gesetzen der Vereinigten Staaten nicht in Einklang zu bringen waren, mit denen wir aber niemals etwas zu tun gehabt haben. Die Verurteilung der sämtlichen Deutschen erfolgte, nachdem ich die Vereinigten Staaten verlassen hatte. Es handelt sich da um die beiden deutschen Konsuln und Herrn Rinkeln. Ich weiß nicht, ob und inwieweit diese Herren überführt worden sind oder nicht. Ich weiß allerdings, daß seitens einiger dieser Herren Sabotage getrieben worden sein soll. Der Marine- und der Militärattachee mußten auf Grund solcher Angaben abberufen werden.

Auf die Frage des Abgeordnten Dr. Cohn, es sei behauptet worden, daß ein Kapitänleutnant Rinkeln bei ihm in Neuyork erschienen sei, erklärte der Zeuge: Ich fragte, warum er mich besuche. Er antwortete, das dürfe er nicht sagen. Darauf habe ich in Berlin angefragt, habe aber eine Antwort, auch auf mein zweites Telegramm, nicht erhalten. Ich weiß nicht, ob mein Telegramm in Berlin angekommen ist oder nicht. Rinkeln wurde später in England verhaftet. Dort hat er sich als Agent der deutschen Regierung ausgegeben. Ich habe darauf nochmals nach Berlin telegraphiert und die telegrapische Antwort vom Staatssekretär von Jagow bekommen, er sei ermächtigt, kategorisch zu dementieren, daß die Regierung irgendwas mit Rinkeln zu tun hatte.

Geheimrat Schaefer: Am 5. April 1916 hat sich der Reichskanzler zum ersten Male im Reichstag über die Kriegsziele ausgesprochen und erklärt, Belgien solle nicht wieder ein Bollwerk in der Hand der Feinde werden. Dr. Spahn erläuterte das dahin, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich in unserer Hand bleiben müsse. Das war in derselben Zeit, als der U-Boot-Krieg in verschärfter Form sich vollzog. Wie stellten sich die amerikanischen politischen Autoritäten zu diesen Forderungen?

Professor Dr. Hoetzsch: Graf Bernstorff ist also der Ansicht, daß die Verschiebung der wirtschaftlichen Interessen Amerikas nach England hin im Juli 1916 bereits so stark war, daß Wilson nicht in der Lage war, gegen die öffentliche Meinung aufzutreten.

Abg. Gothein: Ist der Sabotageakt nur auf deutsches Eigentum, deutsche Schiffe usw zu beziehen oder auch auf amerikanische, wie Munitionsfabriken? Und ist es möglich, daß trotzdem von militärischer Seite eine Anweisung an diese Agenten gegeben worden ist, wie wir es z. B. im November erlebt haben?

Graf Bernstorff: Ich kenne auch heute noch nicht die Aufträge Rinkelns. Zur Sabotagefrage kann ich sagen, ich weiß heute noch nicht, ob eine solche von Deutschen wirklich verübt worden ist. In Amerika ist allerdings behauptet worden, daß auf Handelsschiffen aller Nationen Bomben gelegt und Munitionsfabriken in die Luft gesprengt worden seien. Unter meinem Eid kann ich sagen, daß ich nicht weiß, ob solche Fälle jemals vorgekommen sind.

Vorsitzender Warmuth: Und daß die deutsche Regierung oder das auswärtige Amt hinter dieser Sabotage gestanden hat?

Graf Bernstorff: Das Auswärtige Amt sicher nicht.

Abg. Dr. Sinzheimer: Ist Ihnen bekannt, ob diese Agenten oder Rinkeln allein Geld bekommen haben und in welchem Umfange?

Graf Bernstorff: Ueber das Verlangen der Abberufung des Marineattachees Boy-Ed ist mir nach anfänglicher Weigerung von der amerikanischen Regierung gesagt worden, es hätte sich nachweisen lassen, daß Rinkeln eine halbe Million Dollar von ihm erhalten hätte.

Professor Bonn: Ist Exzellenz bekannt, daß eine amerikanische Untersuchung eingeleitet worden ist, und daß ein sehr dicker Bericht darüber vorliegt, der auch in einigen Exemplaren in Deutschland zu haben sein soll.

Graf Bernstorff: Ich habe den Bericht selber gelesen, kann aber nicht angeben, ob wirklich Dinge passiert sind, wie sie uns vorgeworfen werden.

Abg. Dr. Cohn: Ist Exzellenz bekannt, daß amerikanische Zeitungen das Faksimile von Schecks veröffentlicht haben, die von Boy-Ed oder dem Militärattachee von Papen für derartige Agenten ausgeschrieben sein sollen?

Graf Bernstorff: Die Attachees hatten vollkommen selbständig gehandelt. Sie müßten eventuell selber hier gehört werden. Die Faksimile dürften im Februar 1916 dort erschienen sein. Die Abberufung war Anfang Dezember 1915 erfolgt. Im Januar 1916 wurde von Papen in England verhaftet.

Abg. Dr. Cohn: Wie steht es mit der Angelegenheit der österreichisch-ungarischen Arbeiter in Amerika, die aus den Fabriken herausgenommen und mit Gewalt vertrieben sein sollen.

Graf Bernstorff: Unsere und die österreichisch-ungarische Botschaft war durch die Blockade von Europa vollkommen abgesperrt. Alles, was wir herausschickten, wurde chiffriert. Daß diese Chiffre später bekannt wurde, lag wohl an der großen Zahl chiffrierter Berichte. Die österreichisch-ungarische Botschaft hat im September 1915 dem amerikanischen Journalisten Archibald einen Bericht mitgegeben, in dem er den Vorschlag eines österreichisch-ungarischen Journalisten überreichte, der beauftragte, man möge Geld herausgeben, um unter den ungarischen Arbeitern in einigen wichtigen Betrieben Streiks zu inszenieren. Dieser Brief war nicht chiffriert. Er wurde Archibald in England abgenommen. Darauf wurde die Abberufung des Botschafters verlangt. Als von Papen und Boy-Ed abberufen wurden, mußten zur Abwicklung ihrer Geschäfte andere Herren berufen werden. Die militärischen Dinge übernahm Herr von Igel. Es wurde für diese Zwecke ein besonderes Bureau in Neuyork errichtet. Dieses wurde eines Tages von Beamten gestürmt. Der Geldschrank stand gerade offen und Akten lagen auf dem Tisch. Diese Akten haben die Beamten mitgenommen. Dem Verlangen, diese Akten an mich zu nehmen, bin ich nicht gefolgt, weil sie keine Akten der Botschaft waren und ich mit den Dingen nichts zu tun hatte.

Abg. Cohn: Wie firmierte das Bureau.

Graf Bernstorff: Ich glaube, es wurde fortgeführt als Bureau des Militärattachees der Botschaft.

Abg. Dr. Cohn: Haben Sie nicht protestiert wegen Verletzung der Exterritorialität?

Graf Bernstorff: Jo; es wurde aber die Theorie aufgestellt, Herr von Igel werde wegen Verbrechens verfolgt. Die Kontroverse wegen der Exterritorialität ist niemals entschieden worden, da inzwischen die Friedensaktion einsetzte.

Abg. Dr. Cohn: Ist das Verbrechen näher bezeichnet worden?

Graf Bernstorff: Es sind die angeblich vom Militärattachee inszenierten Verschwörungen.

Professor Bonn: Es steht jedenfalls fest, daß die sogenannte Verschwörung Ihre Aufgabe in der öffentlichen Meinung nicht erleichtert hat. Andererseits aber haben Sie jede Kenntnis von dieser Verschwörung abgestritten, und das ist Ihnen persönlich auch geglaubt worden; denn Sie haben trotz der Verschwörung auch weiterhin mit Oberst House persönlich in einem Vertrauensverhältnis gestanden.

Abg. Gothein: Die Stellung des Militär- und Marine-Attachees war also völlig selbständig. Sie waren dem Botschafter nicht untergeordnet. War das allgemein so oder nur bei der deutschen Botschaft?

Graf Bernstorff: Die Stellung der Militär- und Marine-Attachees war immer zweifelhaft.

Abg. Gothein: Lagen die Verhältnisse bei den anderen Botschaften ähnlich?

Graf Bernstorff: Aehnliche Verhältnisse herrschten überall.

Abg. Gothein: Politische Berichte sollten also durch die Botschaft gehen? War bei der räumlichen Entfernung eine Kontrolle über die Attachees überhaupt möglich, zumal es doch schwierig ist, zu entscheiden, was eine politische und was eine militärische Sache ist?

Graf Bernstorff: Eine direkte Kontrolle war natürlich nicht möglich. Ich habe aber mit den beiden Herren stets in voller Harmonie gearbeitet, und ich glaube, daß sie selbständig politische Berichte nicht abgeschickt haben. Aber ich weiß es nicht.

Abg. Cohn: Hat das Staatsdepartement keine Einwendung gegen die Uebersiedlung der Attachees nach Neuyork erhoben?

Graf Bernstorff: Diese Frage ist niemals aufgeworfen worden.

Abg. Dr. Schücking: Während wir mit Amerika noch im Frieden lebten und der Zeuge sich in Washington um eine Friedensvermittlung bemühte, führte Wilson in einer Botschaft an den Kongreß Klage über verbrecherische Umtriebe von Deutschen auf amerikanischem Boden.

Graf Bernstorff: Das bezog sich nur auf Deutsch-Amerikaner, nicht auf Reichsdeutsche.

Professor Dietrich Schaefer: In der amerikanischen Friedensnote vom 18. Dezember 1916 spricht Wilson von den kleinen und schwachen Völkern, die man vor Rechtsbruch und Vergewaltigung schützen müsse. Er wird zunächst an Belgien gedacht haben. Hat Graf Bernstorff über diese Frage mit Wilson, Lansing oder House gesprochen, und hat er dabei feststellen können, ob Wilson etwa auch an Deutschland oder Portugal gedacht hat?

Vorsitzender Warmuth: Darauf wird später zurückzukommen sein. Der Zeuge hat uns gestern aber gesagt, daß Wilson bereits im August 1914 eine Friedensvermittlung angeboten hat, daß Gerard darüber mit dem Kaiser gesprochen, und daß die Antwort des Kaisers durch Gerard den Weg nach Washington gefunden hat. Welchen Eindruck hat die Antwort des Kaisers in Washington gemacht?

Graf Bernstorff: Ich glaube gar nicht, daß es sich um eine Aeußerung des Kaisers handelt, sondern um eine amtliche Antwort der deutschen Regierung. Es liegt hier offenbar ein Mißverständnis vor. Der Kaiser hatte damals an Wilson wegen der Greuel der belgischen Bevölkerung telegraphiert.

Abg. Dr. Sinzheimer: Sie sagten gestern, daß in amerikanischen Regierungskreisen das Friedensangebot vom 12. Dezember als ein Zeichen der Schwäche gedeutet worden ist. Haben Sie damals auch die Tatsache mitgeteilt, daß dieses Friedensangebot nicht nur vom Auswärtigen Amt, sondern in völliger Uebereinstimmung mit der obersten Heeresleitung verfaßt worden ist?

Graf Bernstorff: Mir ist das Friedensangebot telegraphisch übermittelt worden. Irgendwelche Aufträge waren an diese Mitteilung nicht geknüpft.

Abg. Sinzheimer: Auf Grund der Akten stelle ich dann fest, daß das Friedensangebot vom 12. Dezember in völliger Uebereinstimmung mit der obersten Heeresleitung zustande gekommen ist, daß die oberste Heeresleitung sogar Verbesserungen vorgenommen hat, und daß das Angebot auch in völliger Uebereinstimmung mit dem Kaiser in die Welt gegangen ist.

Vorsitzender Warmuth: Wir kommen nunmehr zu der Periode, die mit dem

amerikanischen Friedensangebot

beginnt.

Graf Bernstorff: Wilson hielt trotz unseres Friedensangebotes an der Friedensvermittlung fest. Die öffentliche Meinung in Amerika hat den Schritt Wilsons durchaus als pro-deutsch angesehen. Die ganze Presse schrieb in diesem Sinn und die Stimmung in Washington war ebenso. Jetzt muß ich allerdings annehmen, daß unsere Antwort vom 26. Dezember die Absicht verfolgte, die Wilsonsche Friedensvermittlung völlig abzuschneiden. Zu dieser Auffassung bin ich vor allem durch ein Telegramm des Kaisers an das Auswärtige Amt gekommen, worin gefragt, warum ich noch von Friedensvermittlungen Wilsons spräche, während eine solche Vermittlung doch garnicht mehr bestände.

Vorsitzender Warmuth: Woraus schließen Sie, daß die deutsche Regierung von einer Friedensvermittlung Wilsons nichts wissen wollte? In seinem Friedensangebot heißt es doch ausdrücklich, es solle kein Frieden vorgeschlagen werden, er wolle nur das Terrain sondieren.

Graf Bernstorff: Die Note war absichtlich unsicher und tastend gehalten, um eine Ablehnung unmöglich zu machen. Ich kann nur wiederholen, daß nach meiner damaligen Ansicht unsere Note vom 26. Dezember nichts an dem Verhalten unserer Regierung änderte. Heute bin ich aber anderer Auffassung.

Vorsitzender Warmuth: Wilson legte auf die Mitteilung der Friedensbedingungen also keinen ausschlaggebenden Wert?

Graf Bernstorff: Aber Wilson hat natürlich geglaubt, daß wir schließlich unsere Bedingungen mitteilen würden.

Abg. Sinzheimer: Ich stelle fest, daß das Kernstück der Note Wilsons vom 18. Dezember die Bitte an alle Kriegführenden ist, konkrete Friedensbedingungen mitzuteilen. In der deutschen Antwortnote wird aber diese Bitte Wilsons überhaupt nicht erwähnt, und daraufhin telegraphierte Graf Bernstorff, daß Lansing ihn nunmehr gebeten habe, ihm wenigstens vertraulich unsere Friedensbedingungen mitzuteilen.

Graf Bernstorff: Das ist richtig. — Abg. Dr. Sinzheimer: Staatssekretär Zimmermann erwiderte zwei Tage vor dem U-Boot-Krieg, Graf Bernstorff möge diese Frage aufschiebend behandeln. — Graf Bernstorff: Daraus habe ich gerade geschlossen, daß alles so bleiben sollte wie bisher. — Abg. Dr. Sinzheimer: In einem Telegramm des Kaisers an den Staatssekretär Zimmermann vom 16. Januar 1917 heißt es wörtlich: „Allerhöchstdieselben legen gar kein Wert auf Wilsons Friedensangebot. Falls Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, ist es nicht zu ändern, es wird vorgegangen. (Bewegung.) Auf Grund dieses Telegramms und jetziger Veröffentlichungen sind Sie also zu der Auffassung gekommen, daß diese Wilsonsche Friedensvermittelung von uns beseitigt werden sollte. — Graf Bernstorff: Jawohl. — Professor Bonn: Ich kann feststellen, daß die Aeußerungen des Kaisers und der Schriftwechsel mit Zimmermann nicht zu Ihrer Kenntnis gekommen sind. (Graf Bernstorff verneint.) Damit scheidet die Möglichkeit aus, von Ihnen Informationen über diese Dinge und ihre Wirkungen zu erhalten. — Graf Bernstorff: Das ist vollkommen richtig. Heute nehme ich an, daß diese Note die Friedensvermittelung Wilsons beenden sollte. — Professor Bonn: Sind Ihnen die deutschen Friedensbedingungen in einer nichtkonkreten Form mitgeteilt worden? — Graf Bernstorff: Mit Ausnahme des Telegramms, in dem gesagt wird, daß Belgien nicht annektiert werden soll, nicht. — Vorsitzender Warmuth: Die Friedensbedingungen sollen im Gegensatz zu denen der Entente maßvoll gewesen sein? — Graf Bernstorff: Sie waren sehr maßvoll. Lansing erwiderte mir heut, er verstände nicht, warum wir nicht ebenso viel forderten wie die anderen. Man möchte sich dann auf die Mitte einigen. — Abg. Dr. Cohn: Wann wurden die Bedingungen vom 12. Dezember überreicht? — Graf Bernstorff: Gleichzeitig mit der Erklärung des verschärften U-Boot-Krieges. — Abg. Dr. Cohn: Bezog sich die Lansingsche Erklärung über die zu mäßigen Friedensbedingungen auch auf Belgien? — Graf Bernstorff: Nein. Eine amerikanische Friedensvermittelung ohne Wiederherstellung Belgiens war vollkommen ausgeschlossen. — Abg. Dr. Cohn: Ist Ihnen bei der Rückkehr nach Deutschland bekannt geworden, daß die Bedingungen, die Sie Wilson mitteilen sollten, andere waren als diejenigen, die am 12. Dezember vereinbart wurden? — Graf Bernstorff: Das hörte ich heute zum ersten Male. Im übrigen hat diese Sache nach der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges keine Rolle mehr gespielt. — Geheimrat Schäfer: Dachte Wilson, als er von den kleineren und schwächeren Völkern sprach, nur an Belgien oder auch an Griechenland? — Graf Bernstorff: Ich persönlich nehme an, daß er Belgien meinte.

Nunmehr wird die Frage der

Ententeablehnung

zur Verhandlung gestellt. Graf Bernstorff: Soweit meine Verhandlungen mit Wilsons Vertreter in Betracht kommen, habe ich mir immer gesagt, daß er die Bedingungen der Entente als nicht ernst zu nehmend ansehe. Er hat auch ausgesprochen, die Entente habe die Absicht, uns zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg zu bringen, um die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. — Professor Bonn: Sie erwähnten, von amerikanischer Seite sei gesagt worden, die Entente versuche, uns durch maßlose Friedensbedingungen in eine U-Boot-Falle zu locken. Hatten Sie dabei eine bestimmte Persönlichkeit im Auge? — Graf Bernstorff: Ich habe mit Oberst House über alle Möglichkeiten und Fragen vertraulich gesprochen. Dabei ist öfter jene Auffassung laut geworden. — Professor Bonn: Das sind Aeußerungen des Obersten House? — Graf Bernstorff: Ja. — Vorsitzender Warmuth: Mußte nicht die Rücksicht auf den amerikanischen Handel zurücktreten gegenüber der viel wichtigeren Friedensfrage? — Graf Bernstorff: Die Interessen des Handels sind gleichbedeutend mit denen der Industrie. Nach Wilsons Wiederwahl hatte sich die Situation wesentlich geändert, auf Grund des Programms, den Frieden erhalten zu wollen und die Kriegsbereitschaft der Vereinigten Staaten zu erhöhen. Darunter war auch die Schaffung einer großen Handelsflotte zu verstehen. Die Stimmung der Industrie war nicht mehr so feindlich wie früher gegen einen für uns günstigen Frieden.

Abg. Dr. Sinzheimer: War die ehrliche Aussicht vorhanden, daß die Entente auf die Friedensvorschläge Wilsons eingehen würde? — Graf Bernstorff: Wilson hatte mir immer sagen lassen, er würde die Friedensvermittelungen nur bei begründeter Aussicht auf Erfolg vornehmen. — Abg. Dr. Sinzheimer: Wie steht es mit dem Kreuzverhör Wilsons im Senat? — Graf Bernstorff: Diese Frage führt auf das Gebiet der Psychologie. Unter meinem Eide kann ich nicht sagen, was Wilson gedacht hat. Nach meiner Erinnerung lautete die Frage an Wilson: Glauben Sie, daß unsere moralische Auffassung über die deutsche Schuld am Kriege uns auch in den Krieg hineingebracht hätte, wenn Deutschland nicht unsere Untertanen und unsern Handel in unrechtmäßiger Weise angegriffen hätte. Darauf hat der Präsident geantwortet: Ich hoffe es. Auf die Frage: Glauben Sie, daß wir also doch in den Krieg hineingekommen wären, selbst wenn Deutschland sich nicht speziell gegen uns vergangen hätte, antwortete Wilson: Ich nehme es an.

Auf Vorschlag von Professor Bonn wird beschlossen, den englischen Text über die Vorgänge im Senat in der morgigen Sitzung vorzulegen und diese Aussprache für jetzt zurückzustellen.

Auf Fragen des Professor Bonn antwortet Graf Bernstorff: Wilson wollte einen Augenblick abwarten, wo keiner der beiden Kriegführenden noch die Hoffnung hatte, den Sieg zu erringen. Andererseits wußte er, daß die Entente mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg rechnete. Deshalb hat er immer gesagt, er fange keine Friedensvermittelung an, solange irgendwelche Kontroverse mit Deutschland vorhanden sei. — Abg. Dr. Sinzheimer: Glauben Sie an den guten Willen Wilsons, den Frieden zu vermitteln? — Graf Bernstorff: Ja. — Abg. Dr. Sinzheimer: Sollte es ein Friede zugunsten der Entente sein? — Graf Bernstorff: Wilson sagte am 22. Januar, es soll ein Friede ohne Sieg erreicht werden. Ich habe es so verstanden, daß das bedeutet, Deutschland solle seine Weltstellung im vollen Umfange behalten. Ich hielt Wilson für einen ehrlichen Makler. — Professor Bonn: Im Sommer 1916 hat Wilson sich eine ganze Anzahl Kampfmittel wirtschaftlicher Art, z. B. gegen die schwarzen Listen bewilligen lassen. Wir müssen feststellen, ob er versucht hat, sich damit wirtschaftliche Machtmittel gegen die Alliierten zu schmieden.

Graf Bernstorff: Die Rede Wilsons vom 22. Januar ist als ein besonders feierlicher Akt anzusehen, denn sie wurde schon vorher nach Europa telegraphiert. Tags zuvor erhielt ich die Mitteilung, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg eröffnet werde. Ich versuchte, noch im letzten Augenblick einen Aufschub zu erreichen. Als ich die Mitteilung überbrachte, wußte er sicherlich noch nichts davon. — Auf eine Anfrage Dr. Sinzheimer erklärt Graf Bernstorff: Niemals ist von amerikanischer Seite mit mir über einen Frieden verhandelt worden, worin uns auch nur die geringste Abtretung deutschen Gebietes zugemutet worden wäre.

Hierauf wurden die Verhandlungen abgebrochen. Sie werden am Donnerstag im gleichen Saale fortgesetzt.

Schluß gegen 1 Uhr.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, den 22. Oktober 1919.

105. Sitzung.

Am Regierungstisch: Mayer.

Das Haus ist nur schwach besetzt.

Das Reichsschatzministerium.

Abg. Koch-Düsseldorf (DN.): Das Reichsverwertungsamt muß dafür sorgen, daß dem Reiche nicht weiterhin große Werte verloren gehen. Für Spandau sollen bisher 200 Millionen unproduktiv verausgabt worden sein. Dort bestehen neben den Arbeiterräten noch Betriebsleute, und daneben noch Gewerkschaftsobleute, die alle der Arbeit nur zusehen. Die Arbeiterschaft in Spandau verlangt, daß diese Personen beseitigt werden. Im Etat werden 22 Millionen für den Bau einer Wohnung für den Reichspräsidenten und 20½ Millionen für den Neubau des Ministeriums des Innern gefordert. Wir haben soviel Schlösser, daß man keine neue Wohnung für den Reichspräsidenten zu bauen braucht. Diese Summen könnten erspart werden.

Generaldirektor des Reichsverwertungsamtes Weinlig: Die Betriebe sind jetzt noch nicht aus den Verlusten heraus. Sie sind belastet mit einer ganzen Reihe von Abschlüssen, die mit Verlust zu berechnen sind. Es handelt sich dabei um Aufträge, die in der Not und planlos angenommen worden sind. Die Gewährung von Beschaffungsbeihilfen hat der Haushaltsausschuß abgelehnt, weil die Löhne in den Reichsbetrieben schon früher wesentlich erhöht worden sind. Es ist nicht richtig, daß die Löhne niedriger als in der Privatindustrie sind. Wir brauchen große Bureaus, in denen die Leute sich gegenseitig kontrollieren, denn es muß unbedingt fleißig gearbeitet werden. Bayern, Sachsen und Württemberg haben sich uns noch nicht angeschlossen, wir haben daher keine Einwirkung auf diese Staaten. Es handelt sich im ganzen um eine Umstellung von 30 Betrieben. Die Beamten müssen den Arbeitern mit gutem Beispiel vorangehen.

Abg. Marezky (DVp.): Wenn die Rechtssozialisten in rücksichtsloser Kritik den „Unabhängigen" den Rang abzulaufen versuchen, so zeigen sie damit, daß sie ihr Spiel für verloren geben, wie es ja auch heute wirklich zu sein scheint. Jedenfalls sind wir die Hoffnung Deutschlands (zur Linken) mehr als Sie. (Gelächter.)

Abg. Brühl (US.): Bei der Schließung der Spandauer Werkstätten sind lediglich politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Unter dem neuen Kurs sind die gesamten Errungenschaften der Revolution wieder verloren gegangen. Die Selbstverwaltung der Arbeiter besteht nur noch auf dem Papier.

Nach einer kurzen Berichtigung des Ministerialdirektors Kautz wird die allgemeine Aussprache geschlossen und eine Entschließung der Mehrheitsparteien, die bestimmte Grundsätze für die Fortführung, Auflösung und Verwaltung der ehemaligen Heeresbetriebe aufstellt, angenommen.

In der Einzelberatung fordert Abg. Wieland (Dem.), daß auch der Technik im Schatzministerium die gebührende Stellung eingeräumt werde.

Abg. Stahl (SD.): Das Treiben der „Unabhängigen" und Kommunisten ist schuld an der Schließung der Spandauer Werkstätten. Der Terror einzelner mußte unbedingt gebrochen werden. Unter dem Regimes der „Unabhängigen" ist systematisch nicht gearbeitet worden. Bezüglich der politischen Gesinnung des Arbeiters wurde bei der Einstellung kein Unterschied gemacht. Entscheidend war, ob der Arbeiter vor dem Krieg schon dem Betrieb angehörte. Einzelne Gehälter von Beamten gehen auch meiner Meinung nach weit über das Maß des Erlaubten hinaus, aber die Herren müssen jetzt zeigen, was sie können. Der Abg. Marezki hat von Spandau Märchen erzählt. Kein Arbeiter weint den eingeschmolzenen Kanonenrohren Tränen nach.

Abg. Marezki: O ja, Gott sei Dank, gibt es noch solche Arbeiter!

Abg. Stahl: Die Privatindustrien haben sich wie Hyänen auf die Staatsbetriebe gestürzt. Die Privatindustrie hat sogar gefälschte Ausweise benutzt, um Material aus Spandau herauszubekommen. Meist sind Beamte schuld, die mit der großen Industrie in Verbindung stehen. Das Reichsverwertungsamt heißt im Volksmund „Reichsverschiebungsamt". Kasernen müssen zu Wohnzwecken bereitgestellt, Truppenübungsplätze, soweit als möglich, für Siedlungen, Baracken für Kleinwohnungen freigegeben werden. Ueber die entlassenen 200 000 Arbeiter darf man nicht mit einer Handbewegung zur Tagesordnung übergehen, sondern man muß alles daran setzen, die Staatsbetriebe umzustellen. Auch die Pulverfabriken in Hanau und Plauen dürfen nicht kurzweg geschlossen werden. Die Selbstverwaltung der Arbeiter und Angestellten muß in Spandau endlich durchgeführt werden. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Zubeil (US.): Abg. Stahl hat indirekt zugegeben, daß er an der Schließung der Spandauer Betriebe schuld ist.

Abg. Stahl (SD.) weist in einer persönlichen Richtigstellung die Angriffe des Abg. Zubeil (US.) zurück und sucht seine Teilnahme an der Schließung der Spandauer Heereswerkstätten klarzustellen, wird aber vom Präsidenten mit der Bemerkung unterbrochen, daß dies über den Rahmen einer persönlichen Bemerkung hinausgehe.

Der Etat des Reichsschatzministeriums wird in Verbindung mit einem Ausschußantrag über die Militärwerkstätten erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr: Etat des Auswärtigen Amts.

Schluß 6¼ Uhr.

Neue englische Forderungen.

Aus Paris wird gemeldet: Dem Obersten Rat wurde von der britischen Abordnung ein Memorandum überreicht, in dem über Deutschland Klage geführt wird, weil es der im Waffenstillstandsvertrage eingegangenen Verpflichtung, seine ganze Handelsflotte auszuliefern, nicht nachgekommen sei. Es wird darin gebeten, die deutsche Regierung zur unverzüglichen Auslieferung der noch fehlenden Schiffe aufzufordern.

Erleichterung der Ostseeblockade.

TU. Zürich, 22. Oktober. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat hat von der Note der deutschen Regierung Kenntnis genommen, in der gebeten wurde, daß die Fischerboote und die Küstenfahrer von den durch die Blockade der Alliierten angeordneten Ueberwachungsmaßnahmen, die infolge der letzten Ereignisse im Baltikum befohlen worden sind, ausgenommen werden sollen. Es wurde beschlossen, daß die Ueberwachungsmaßnahmen weniger streng durchgeführt werden sollen.

Kämpfe auf der ganzen Petersburger Front.

TU. Berlin, 23. Oktober. Bei der hiesigen russischen Zeitung „Prisyw" sind folgende telegraphische Berichte von den russischen Fronten vom 22. Oktober eingetroffen:

Front des General Judenitsch: An der ganzen Front von Ligowo bis Pleskau sind erbitterte Kämpfe im Gange. Das Uebergewicht ist auf unserer Seite. Unsere Truppen gelangten bis zur Stadt Pawlowsk und bis zum Dorf Zarskaja Slawjanka südlich von Zarskoje Seelo.

Front des Generals Denikin: Nach zweitägigen Kämpfen gelangten unsere Truppen vom Osten her bis Kiew, brachen den Widerstand des Feindes und drangen in die Stadt ein. Zurzeit dauert der Kampf westlich und nordwestlich von Kiew an. Oestlich von Orel sind unsere Truppen ins Gouvernement Tula gelangt und haben die Stadt Nawossil genommen. Der Gegner führte starke Angriffe südlich von Usman. Südwestlich von Worowonesch sind heftige Kämpfe entbrannt.

Front des Admirals Koltschak: Südlich von Kurgen hat der Gegner nach heftigen Kämpfen unsere Front durchbrochen und uns gezwungen, ein wenig zurückzugehen. Gegenmaßnahmen sind getroffen.

Wie sich das „Hamb. Fr." über Kopenhagen berichten läßt, hat Trotzki beim Moskauer Sowjet den Antrag gestellt, alle Soldatenräte an den Fronten aufzulösen, und für alle Sowjetheere ein gemeinsames Kommando errichten.

Wie vom Nord-Ost-Heer gemeldet wird, ist der Besitz von Zarskoje-Selo und Pawlowsk endgültig gesichert. In Petersburg sei die Lage verzweifelt. Es herrsche ein fürchterlicher Terror. Alle Unruhen würden strenge unterdrückt.

Ueber Reval wird mitgeteilt, daß das Nord-Ost-Heer starken Widerstand von seiten der Bolschewisten findet, und daß 10 Werst südlich von Petersburg heftige Kämpfe entbrannt sind. Die Bolschewisten haben kommunistische Regimenter aus Moskau zur Teilnahme an der Verteidigung Petersburgs herbeigerufen. An dem Kampfe gegen Kronstadt beteiligten sich außer englischen Kriegsschiffen auch Schiffe der übrigen Alliierten.

Bombardement von Riga.

Das offizielle Pressebureau teilt mit: Die Deutsch-Russen beschießen das Zentrum Rigas mit schwerer Artillerie und richtigen Gasbomben. Es wurde großer materieller Schaden angerichtet. Die deutsche (gemeint ist natürlich die deutsch-russische Red.) Artillerie bombardierte am 19. Oktober die englische Kriegsflotte, worauf die alliierte Kriegsflotte am 20. Oktober die deutschen Stellungen bombardierte.

Der linksrheinische Proteststreik.

Der Proteststreik auf der linken Rheinseite gegen belgische Bedrückung zieht immer weitere Kreise und umfaßt jetzt 37 000 Arbeiter. Die Reichsregierung ist über die Lage unterrichtet. Augenblicklich finden dauernd Verhandlungen zwischen den einzelnen belgischen Kommandanten und den Streikenden statt. Die Zubilligungen der Belgier genügten den Ausständigen jedoch nicht, so daß der Streik weitergeht. Auch die Lehrerschaft und die Binnenschiffer der ganzen Gegend haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Der Streik verläuft in aller Ruhe, und die Notstandsarbeiten werden regelmäßig ausgeführt.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 23. Oktober.

Die Sitzung der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion findet am Freitag abend 7 Uhr im Rathause statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Arbeitsaufnahme im Hochofenwerk.

Vom Arbeiterausschuß des Hochofenwerks wird uns mitgeteilt, daß heute mittag um 2 Uhr die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen wird. Sämtliche Leute werden restlos wieder eingestellt, obwohl mehrere Betriebe erst in etwa acht Tagen betriebsfähig sind. Diese Arbeiter werden solange anderweitig verwandt. Mit der Direktion wurde vereinbart, sofort neue Tarifverhandlungen zu beginnen und den bestehenden Vertrag am 1. November als abgelaufen zu betrachten. Der Abreiterausschuß ersucht uns ferner mitzuteilen, er habe sich nicht verpflichtet, die Annahme des Schiedsspruches zu empfehlen, sondern erklärt, auf dessen Annahme hinzuwirken. Des weiteren legt der Arbeiterausschuß Wert auf die Feststellung, daß die Gewerkschaften rechtzeitig unterrichtet wurden. Der Schiedsspruch, an dem u. a. Genosse Knapp und der Unabhängige Roß mitgewirkt haben, und der einstimmig gefaßt wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Der Vertrag zwischen dem Hochofenwerk und seiner Arbeiterschaft, der deren Bezüge für die Zeit vom 1. August bis 30. November 1919 festlegt, ist gültig und bindend abgeschlossen. Die erhobenen Forderungen auf Wirtschaftsbeihilfen und Bezahlung der Streiktage können daher nicht zugesprochen werden.

Nachdem sich seit Abschluß des Vertrages die Verhältnisse geändert hatten, namentlich aber die von beiden Seiten erwartete Senkung der Preise nicht eingetreten war, hätten die Arbeiter nach Meinung des Schiedsgerichts wegen Abkürzung der Tarifdauer um etwa 1 Monat mit dem Hochofenwerk in Verhandlungen eintreten sollen. Das Schiedsgericht empfiehlt noch jetzt diesen Weg."

Ueber die Wohnungsnot in Lübeck

haben die Herren Baudirektor Baltzer und Direktor Dr. Link einen Bericht an den Senat gerichtet. Aus diesem ist hervorzuheben, daß insbesondere durch auswärtigen Zuzug und vermehrte Neugründung von Haushaltungen die Wohnungsnot gesteigert wird. Leerstehende Wohnungen sind so gut wie gar nicht vorhanden. Durch Ausbau von alten Wohnungen und durch die Herstellung von neuen Wohnungen und von Behelfsbauten sind bisher 923 Wohnungen geschaffen worden. Im Laufe dieses Jahres und im Anfang des nächsten Jahres werden voraussichtlich noch 435 Wohnungen geschaffen werden. Dazu kommen noch 150 Wohnungen, die vom Wohnungsnachweis voraussichtlich in nicht voll ausgenutzten Häusern eingerichtet werden können. Die neu zu schaffenden Wohnungen werden nur dem dringendsten Bedarf entsprechen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht zu erwarten, daß nach deren Herstellung schon eine Entlastung der heute z. T. stark überbölkerten Wohnungen erfolgen und wieder ein Ueberschuß an leerstehenden Wohnungen vorhanden sein wird, zumal mit der Wiederaufnahme des Handelsverkehrs und der Inbetriebnahme und Vergrößerung industrieller Werke der Zuzug nach Lübeck sich steigern wird. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, daß mehr Wohnungen geschaffen werden, damit für die Wohnungsversorgung Lübecks wieder eine größere Zahl von leerstehenden Wohnungen bereit gestellt wird. Würden wir von der Ende 1918 vorhandenen Zahl von 29 204 Wohnungen nur 2 Prozent rechnen, so müßten noch 584 Wohnungen neu geschaffen werden. Als neue Maßnahmen gegen die Wohnungsnot werden empfohlen: Der Wohnungsbau des Staates muß auch im kommenden Jahre fortgesetzt werden. Alle anderen Möglichkeiten der Wohnungsbeschaffung durch die Inanspruchnahme der nicht voll ausgenutzten Wohnungen sind möglichst vollständig auszuschöpfen. Der Wohnungsbau durch Private ist weiter durch Baukostenzuschüsse zu fördern. Die Frage zur Deckung der Mittel für den Wohnungsbau ist zu klären. Unter anderem muß die Erhebung einer Raumsteuer baldmöglichst zur Entscheidung gebracht werden. Eine Verbilligung des Wohnungsbaues ist mit allen Mitteln anzustreben. Der Fernhaltung des Zuzuges nach Lübeck ist auch künftig die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die ungesunden Verhältnisse im Lübecker Wohnungswesen werden auch in auswärtigen Blättern illustriert. So berichtet der „Hamburger Korrespondent" über die Zwangseinquartierungen am hiesigen Orte und schreibt, die Mieter zahlten jetzt jeden Preis, um nur eine Wohnung zu erhalten. So werden jetzt Drei-Zimmerwohnungen, die früher vielleicht 350 bis 400 Mk. kosteten, mit 800 Mark und mehr vermietet. Die Not wird eben überall restlos ausgebeutet

Der Bürgerausschuß erledigte in seiner gestrigen Sitzung folgende Vorlagen, die angenommen resp. gutachtlich befürwortet wurden: 1. Errichtung eines Schuppens für die Unterbringung von Brennstoffen für die Heilanstalt Strecknitz. Kosten 12 400 Mk. 2. Gebührentarif des Katasteramts (wird um 50 Proz. erhöht). 3. Verlängerung des Hauptpfiels St. Jürgen (250 000 Mk.). 4. Nachbewilligung für die Baubehörde für das Rechnungsjahr 1919 (220 603,06 Mk.). 5. Aenderung des Beamtenhinterbliebenengesetzes. 6. Erlaß eines Gesetzes zum Ausführungsgesetz zur Grundbuchordnung vom 18. Dez. 1899. 7. Verstärkung der Mittel für die Lehrmittel der Gewerbeschule (1000 Mk.). 8. Verkauf einer Landfläche an Gebr. Zachow. 4900 Mk. für die Ausbesserung der Ufermauer des Tremser Teiches. 9. Enteignung von Landflächen für den Ausbau der vierten Querstraße von der Schwartauer Allee zum Löschplatz des Industriegeländes. 10. Errichtung von Wohnungen im Hause Israelsdorfer Allee 40 (7000 Mk.). 11. Herstellung eines Fahrdammes auf der dem lüb. Staat gehörigen Reitfläche Falkenhusen (5000 Mk.). 12. Nachbewilligung von 21 023,59 Mk. auf eine dem Lübecker gemeinnützigen Bauverein bewilligten Bauprämie. 13. Verstärkung der Mittel der Forstverwaltung für 1919 (105 750 Mk.). 14. Notstandsarbeiten im Staatsarchiv (6000 Mk. aus Mittel für Kriegszwecke). 15. Nachbewilligung von Mittel für die Anschaffung von Schränken im Staatsarchiv (458,16 Mk.). 16. Bewachung der Lebenmittellager Alsheide (5152 Mk. aus Mitteln für Kriegszwecke). 17. Sicherheitsmaßnahmen im Marstall- und Untersuchungsgefängnis (7000 Mk.). 18. Beschaffung weiterer Notstandsarbeiten (80 000 Mk.). 19. Uebernahme militärischer Hafenüberwachungsstellen durch das Polizeiamt (28 230 Mk.). 20. Gewährung eines Staatszuschusses für die Kranken- und Sterbekasse des Polizeiamtes (14 100 Mk. jährlich, für das laufende Jahr 7050 Mk.). — 21. Erhöhung des Gehalts des Polizeiarztes um 1000 Mk. pro Jahr. 22. Aalstechen für Travemünder Einwohner. 23. Nachträgliche Bewilligung von Teurungszulagen für Hilfsfeuerwehrleute (5014.11 Mk.). 24. Beihilfe an den Verein für Geistesschwache (10 000 Mk.). 25. Beschaffung einer Empfangsstation für drahtlose Telegraphie (900 Mk.) 26. Bewilligung von 4800 Mk. an das Landesversorgungsamt Abt. Schuhfürsorge. 27. Ein Antrag H. Ehlers: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, eine Regelung des gesamten Lehrlingswesens vorzunehmen. 28. Der dem Bürgerausschuß zur näheren Erwägung überwiesene Antrag A. Puls, betr., Gleichstellung der Beamten der Lübecker Feuerwehr mit den Beamten der Schutzmannschaft wird dem Senat als Material überwiesen.

Bürgerliche Deputierte. Der Bürgerausschuß erwählte zu bürgerlichen Deputierten: bei der Theaterbehörde an Stelle des Redakteurs Johs. Stelling den Privatmann Gustav Ehlers, bei der Rechnungsbehörde an Stelle des ausscheidenden Kaufmannes Johs. Kollmann den Assistenten der Senatskanzlei Karl Mirow.

Byzantiner und Verleumder. Die ehemalige deutsche Kaiserin hatte am Mittwoch Geburtstag. Für sensible Seelen unterwürfigen Schlages eine Gelegenheit zum Kaffeetrinken und Klatschen. Bei solchen Gelegenheiten wird manches Bekenntnis ausgeplaudert, das sonst im Busen bewahrt bliebe. Und wo alles überfließt, kann auch die Tante in der Königstraße nicht schweigen. Sie bringt allerunterthänigst ihre Huldigung dar, wirft sich in den Staub und verleumdet mit demselben Zungenschlag die Mehrheit aller Deutschen, die ihre Nase nicht in jedem Quark zu stecken gewillt sind. Dankbarkeit und Treue hegt das deutsche Volk — soweites noch deutsch ist und fühlt — für die Frau in Amerongen. Also jeden Menschen, dessen Ansicht in privaten Dingen anders lautet, wird das Deutschtum abgesprochen. Eine solche Ehrabschneidung können sich nur die Lübeckischen Anzeigen leisten. Nur sie haben Lieb im Leibe!

Eine Fahrplanänderung macht die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft im Inseratenteil bekannt. Sie betrifft Einschränkungen im Sonntagsverkehr, worauf wir besonders hinweisen.

Eine Bekanntmachung über Nachversteuerung von Zündwaren erläßt das Hauptzollamt, worauf die Steuerpflichtigen besonders aufmerksam gemacht seien.

Die Zufuhr von Kartoffeln ist jetzt rege geworden. Bedauerlicherweise hält die Bevölkerung aber noch mit der Eindeckung zurück. Es hat niemand Anspruch auf die Lieferung bestimmter Sorten. Als Folge des Einheitspreises macht sich je mehr je länger der Anbau guttragender Arten zum Nachteil der Qualitätssorten bemerkbar und di eLieferung roter Kartoffeln überwiegt jetzt noch mehr als früher die der weiß- und gelbfleischigen. Viel geklagt wird in diesem Jahre darüber, daß die Kartoffel beim Kochen zerschlägt. Dies ist eine Folge der Trockenheit in den letzten Monaten; der Uebelstand macht sich bei den roten widerstandsfähigen Kartoffeln wesentlich weniger bemerkbar, als bei den weißen. Uebrigens ist der Geschmack vieler roter Sorten der der gelbfleischigen gleichwertig. Der Abfall beim Schälen ist bei den weißen und roten meistens gleich groß. Hält sich der Absatz in den bisherigen engen Grenzen, so ist ernstlich zu befürchten, daß während der Wintermonate größere Stockungen bei der Kartoffelverteilung eintreten. Die Städtische Kartoffelstelle kann nicht frostsicher so große Mengen einlagern, um dem größeren Teil der Bevölkerung den Bezug der Kartoffeln auch während dieser Zeit zu sichern. Eingemietete Kartoffeln werden während der Frostzeit nicht unbeschädigt zur Verteilung gebracht werden können. Es liegt deshalb im Interesse eines jeden einzelnen, die auf Grund der grauen Bezugskarte A auszugebenden Kartoffeln so frühzeitig wie möglich einzunehmen. Die Kartoffelhändler sind angewiesen, Wünsche ihrer Kundschaft auf Lieferung bestimmter Sorten abzuweisen, wie sie auch selbst keinen Einfluß auf die Zuweisung haben. Sie haben lediglich dafür zu sorgen, daß sie für den Winterbedarf haltbare Kartoffeln liefern und weniger haltbare Ware für den Tageskonsum ausgeben. — Aus dieser Mitteilung des Landesversorgungsamtes ergibt sich wieder deutlich, daß sich die Erzeuger nur vom Profitinteresse leiten lassen. Wir warnen davor, aus der Andeutung des Einheitspreises den Versuch gewisser Interessentenkreise zu nähren, den Kartoffelpreis nach Sortimenten festzusetzen. Die Preise sind derartig hoch, daß nur Qualitätsware erwartet werden kann. Minderwertige scharf zurückzuweisen, ist Pflicht der beteiligten Stellen.

Tarifvertrag im Kleinhandelsgewerbe. Der Verband Lübeckischer Kleinhandels-Vereine hat beantragt, den zwischen ihm und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Ortsverwaltung Lübeck, am 2. August 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der gewerblichen Arbeiter im Kleinhandel gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für den Stadtbezirk Lübeck für allgemein verbinelich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 31. Oktober 1919 erhoben werden und sind unter Nr. I. B. R. 2438 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenstraße 33, zu richten.

Ein unerhebliches Feuer entstand Mittwoch mittag im Lagerhaus von Frankenthal an der Untertrave 70. Es war in der im ersten Stock belegenen Malerwerkstatt ausgebrochen, durch rechtzeitiges Eingreifen der Feuerwehr aber bald gelöscht, so daß größerer Schaden vermieden wurde. Verbrannt sind hauptsächlich Farben.

Einem Unglücksfall zum Opfer gefallen ist der Leitungsinspektor Paul Krohn von der Ueberlandzentrale, dessen Tod vor einigen Tagen gemeldet wurde. Wie jetzt bekannt wird, untersuchte K. am Sonnabend die Hochspannleitung bei Hohenmeile. Hierbei fiel er aus einem Leitungsmast und erlitt außer einem Wirbelsäulenbruch noch mehrere innere Verletzungen, so daß er bald darauf starb.

Strafkammer. Wegen Holzdiebstahls war der Steinsetzer S. vom Schöffengericht zu 10 Mk. verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Die Holzdiebstähle, so meinte er, mehrten sich in gemeingefährlicher Weise. Um sie zu verhüten, müsse auf Gefängnis erkannt werden. Das Schöffengericht hätte deswegen auf eine geringe Geldstrafe erkannt, weil es den Wert des Holzes nur auf 10 Mk. schätzte. Durch Sachverständige wurde am Mittwoch in der Strafkammersitzung der Wert des Holzes auf 18 Mk. angegeben. Der noch unbestrafte Angeklagte erhält drei Tage Gefängnis. Gleichzeitig empfahl das Gericht dem Angeklagten, ein Gnadengesuch einzureichen, worüber der Staatsanwalt den Kopf schüttelte. Er wollte den Mann durchaus eine Woche einsperren. — Ein Einkommen von 28 100 Mk. hatte der Prokurist L. der Steuerbehörde angeblich aus Versehen nicht voll angegeben. Deshalb war er vom Schöffengericht wegen Steuerhinterziehung zu 90 Mk. Strafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Das Gericht erkannte auf 160 Mk. — Wegen Urkundenfälschung und Betruges erhält Frau S. aus Sch. 3 Monate Gefängnis. Sie hatte einer Kriegerwitwe ein Quittungsformular entwendet und will einen fremden Knaben beauftragt haben, die Quittung abstempeln zu lassen und die Rente abzuheben. Das Gericht betrachtete die Sache sehr milde, weil es sonst wegen schwerer Urkundenfälschung hätte auf Zuchthaus erkennen müssen. — Eine Pferdediebstahlsgeschichte hat sich in Ahrensbök abgespielt. Der schon vorbestrafte Makler M. mußte sich deswegen verantworten. Er will von einem Unbekannten in Reinfeld den Auftrag erhalten haben, die Pferde von Ahrensbök abzuholen, während ein zweiter Unbekannter ihm diese dort übergeben haben soll. Auf dem nächtlichen Transport wurde er angehalten und schließlich festgenommen. Der Diebstahl kann ihm nicht nachgewiesen werden. Wegen Hehlerei erhält er 9 Monate Gefängnis. — Als ein Meister im Stehlen entpuppte sich der Hausdiener L. Im Felde war er ein tüchtiger Soldat, denn er besitzt außer verschiedenen Tapferkeitsmedaillen das Eiserne Kreuz erster und zweiter Klasse. Trotz seiner Jugend ist er wegen Diebstahls und ähnlicher Sachen wiederholt vorbestraft. Im Sommer war er in Timmendorf in einem Hotel Hausdiener, wo er aber bald ausrückte. Später kam er wieder, öffnete ein Kellerfenster und stieg als nächtlicher Gast ein, um, wie er sagte, sich satt zu essen. Er stahl aber Kleidungsstücke und eine Geldbörse mit 20 Mark Inhalt. Dafür muß er nun 1 Jahr und 4 Monate brummen. — Viele Tränen vergoß das Kontrollmädchen M., weil sie einer Arbeitsanstalt überwiesen werden sollte. Weder das Gelöbnis der Besserung, noch der Tränenstrom erweichten das Herz der Richter, die sie der Zwangsarbeit überlieferten.

Hansa-Theater. Das mit großer Spannung erwartete Gastspiel der Hamburger Kammerspiele „Die Büchse der Pandora" wird heute abend unter persönlicher Leitung des Dir. Erich Ziegel stattfinden. Am Freitag, dem 24., wird zum letzten Male „Eva", das Fabrikmädel gegeben. Sonnabend und Sonntag geht der Schlager der Saison, „Die Faschingsfee", in Szene. Sonntag nachmittag wird das von den Kleinen mit so freudigem Beifall aufgenommene Märchen, Schneewittchen und die 7 Zwerge wiederholt.

Stadttheater. In der ersten Aufführung des „Evangelimann" am Freitag singt Herr Wagner den Mathias, Herr Litzewski den Johannes, Frau Hübner die Martha, Frl. Sonnenberg die Magdalena. Die Spielleitung führt Dr. von Kutzschenbach, die musikalische Leitung hat Kapellmeister Schwarz. — In der Wiederholung von „Martha" am Sonnabend singt Herr Rogland den Lionel, Herr Hugelmann den Plunkett und Fräul. Molnar die Nancy.

Wegen Schleichhandels festgenommen wurde ein in der Dankwartsgrube wohnhafter Kellner und ein dortselbst wohnhafter Buchhalter. Beide haben in letzter Zeit einen schwunghaften Handel mit Fleisch, Mehl, Zucker und dergl. getrieben und haben die Waren zu den üblichen hohen Schleichhändlerpreisen verkauft.

Diebstähle. Aus einem Lagerschuppen am Kanal sind in der Nacht zum 23. d. Mts. drei Sack Zucker mittelst Einbruchs gestohlen worden. In derselben Nacht sind aus einem Zigarrengeschäft in der Schwartauer Allee 500 Zigaretten, Marke Salem Nr. 20 u[illegible] [illegible]a 20 Zigarren gestohlen. Derselbe Täter dürfte für einen [illegible]chsdiebstahl in Frage kommen, der in der Nacht zum 22. [illegible] Haus der Krempelsdorfer Allee eingebrochen war und dort 100 Zigarren, 25 Zigaretten, eine Flasche Likör, 12 Pfd. Talg, 2 größere Käse und ein Pfund Margarine gestohlen hatte. In der Zietenstraße wurde ein Fahrrad gestohlen, ein weiteres, Marke Iduna, vor dem Eingang der Ortskrankenkasse, und schließlich ein drittes aus einer Gartenbude an der Lachswehr-Allee. — In der Nacht zum 22. d. Mts. sind aus dem Schaufenster eines Geschäftes in der Sandstraße durch ein bereits zerbrochen gewesenes Seitenschaufenster 2 graue Herrenhüte und eine blaue Schirmmütze gestohlen worden.

Unlautere Bezeichnungen für Pflanzenfett. In mehreren Ladengeschäften wird seit kurzer Zeit ein Pflanzenfett unter der Bezeichnung „Dänische Exportbutter" feilgehalten. Durch diese Bezeichnung wird das kaufende Publikum irre geführt und in den Glauben versetzt, es sei gute Naturbutter, zumal dieses Pflanzenfett wie Naturbutter aussieht. Nach dem Reichsgesetz betr. den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmittel vom 15. Juli 1897 muß dieses Pflanzenfett, da es der Milchbutter ähnelt, als Margarine bezeichnet werden. Das Verhalten der betreffenden Ladeninhaber ist somit gesetzlich unzulässig. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Geschäftsräume und sonstigen Verkaufsstellen, in den Margarine verkauft oder feilgehalten wird, an einer in die Augen fallenden Stelle die deutliche, nicht verwischbare Inschrift „Verkauf von Margarine" tragen müssen. In gewerbsmäßigem Einzelverkaufe muß Margarine an den Käufer in einer Umhüllung abgegeben werden, auf der Inschrift „Margarine" mit dem Namen oder der Firma des Verkäufers angebracht ist. Die Beamten der Schutzmannschaft sind angewiesen, in Zukunft mit aller Schärfe gegen Uebertretung dieser Art vorzugehen und die Ueberteter vorstehender Verordnung zur Anzeige zu bringen.

Motorboot gestohlen. In letzter Nacht ist ein bei der Anlegebrücke für den Ostseebäderverkehr festgemacht gewesenes stählernes Motorboot von ungefähr 10 Meter Länge gestohlen worden. Das Boot ist weiß gestrichen, hat rundes Heck, an dem sich der Name „Alma, Lübeck" befindet. Für die Wiederherbeischaffung des Bootes wird eine entsprechende Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Mitteilungen über den Verbleib des Bootes sind sofort der Kriminalpolizei, Schüsselbuden 18 I, zu melden. — Herrenlos in der Trave bei der Teufelsinsel treibend ist ein außen getheertes und innen grau gemaltes Ruderboot aufgefunden. Der Eigentümer desselben wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei oder im Hafenamt zu melden.

Ermittelt und festgenommen wurden zwei in der Fischergrube wohnhafte Arbeiter, die auf einer Ziegelei in Niederbüssau Pferdegeschirre gestohlen hatten. Das Diebesgut konnte wieder herbeigeschafft und dem Eigentümer wieder zurückgegeben werden.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Der Hamburger Bürgerschaft ging ein Antrag auf Niedersetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Frage zu, ob es sich empfiehlt, zur Hebung des hamburgischen Wirtschaftslebens eine Ein- und Ausfuhrmesse in Hamburg zu veranstalten.

Hamburg. Die Kohlenarbeiter und Kutscher beschlossen, den Tarifvertrag zu kündigen und einen Tagelohn von 28 Mk. zu fordern. Weiter wurde die Forderung auf Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage gestellt sowie eine bessere Regelung der Ferienfrage, namentlich für die Hilfsarbeiter. — Todessturz. In einem unbewachten Augenblick stürzte der 3½jährige Sohn Werner Lenz in der Eimsbüttelerchaussee aus einem Fenster der elterlichen Wohnung in die Tiefe. Das Kind trug schwere Verletzungen davon und starb bald darauf in der Wohnung der Eltern. — Beim Kampf um Zucker verunglückt. Als ein mit Zuckersäcken beladener Rollwagen durch den Langengang fuhr, zerriß einer der Zuckersäcke und die auf der Straße spielenden Kinder machten sich über den auslaufenden Zucker her. Es entspann sich unter den Kindern ein heißer Kampf um den Zucker, wobei ein fünfjähriger Knabe zu Boden gestoßen, überfahren und so schwer verletzt wurde, daß an dem Aufkommen des Kindes gezweifelt wird.

Altona. Rücktritt von Dr. Herz. Nach der Hambg. Volksztg. hat Stadtverordneter Dr. Herz sein Mandat gesundheitshalber niedergelegt und tritt vom öffentlichen Leben zurück. Dr. Herz entwickelte in der letzten Zeit in seiner öffentlichen Wirksamkeit in allen wichtigen Frage gesunde Ansichten, deren Befolgung die Unabhängigen uns um vieles näher gebracht hätten.

Flensburg. Streik. Auf der hiesigen Schiffswerft sind die Arbeiter in den Streik eingetreten.

Rendsburg. Erschossen. Die Hilfspolizeibeamten des Kreises, Maschinenbauer Mohr und Arbeiter Feldhusen, haben bei ihrer Revisionstätigkeit den Landmann Kröger aus Hamdorf erschossen. Sie geben an, sie hätten den Wagen des Erschossenen auf Schleichhandelsware untersuchen wollen. Die Untersuchung des hinteren Teiles des Wagens habe K. sich ruhig gefallen lassen. Als sie aber unter dem Sitzbrett hätten nachsehen wollen, habe K. auf sein Pferd eingeschlagen und sei davongejagt. Sie hätten nun beide hinter dem Davonjagenden Warnungsschüsse in die Luft abgegeben. Mohr und Feldhusen wurden verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Beide sind Familienväter. M. war bei der Senatswahl von der U. S. P. als Senatskandidat aufgestellt worden.

Uetersen. Bei der Stadtratswahl wurden die drei sozialdemokratischen Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt.

Neueste Nachrichten.

Das Interview des Reichspräsidenten.

TU. Berlin, 23. Oktober. In der Sitzung des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung bemängelte der demokratische Abgeordnete Dr. Pachnicke das Interview, daß der Reichspräsident einem spanischen Journalisten gewährt habe, wobei er sich besonders gegen die bestimmte Stellungnahme des Reichspräsidenten in der Frage der Blockade Rußlands wendet. Reichsminister Müller erklärte, daß ihm das Interview erst durch die Presse bekannt geworden sei, und daß das Kabinett hierzu noch Stellung nehmen werde.

Besetzung Thraziens durch die Griechen.

TU. Lugino, 23. Oktober. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Besetzung Thraziens durch die griechischen Truppen in befriedigender Weise vor sich geht. Die Bulgaren ziehen sich überall zurück, da sie das Nutzlose eines etwaigen Widerstandes einsehen.

Aus dem Parteileben.

Die „Kommunale Praxis“, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, herausgegeben von Dr. Albert Südekum, hat mit Beginn des neuen Quartals eine Lesern und Mitarbeitern gleich wertvolle Neuerung eingeführt, indem sie den Abhandlungen Verzeichnisse der über das jeweilige Thema bereits veröffentlichten Artikel beifügt. Diese Literaturnachweise ermöglichen es dem Leser, sich ohne zeitraubende Mühe in ergiebiger Weise in Spezialfragen zu unterrichten. Sie vertiefen gleichzeitig die Wirkung der in der „Kommunalen Praxis“ veröffentlichten Arbeiten. Die Redaktion ist verlegt nach: Berlin-Friedenau, Ringstraße 39, Portal II. Zuschriften sind ohne Zusatz des Namens des Herausgebers dorthin zu richten.

Arbeiterbewegung.

„Wie sie sich schmieren lassen“. Der Kaufmännische Verein von 1858 bestreitet die vom Zentralverband der Angestellten gebrachte Notiz über die Annahme der 3000 Mark Schmiergelder von der Firma A. Jasmatzi, Akt.-Ges., Dresden. Diese Behauptung soll unwahr sein. Wahr ist jedoch, daß auch das Ferienheim in Oberwiesenthal eine Gründung des Kaufmännischen Vereins von 1858 ist. Wir können es den 58ern nachfühlen, daß ihnen diese Feststellung des Zentralverbandes der Angestellten sehr unangenehm ist — aber Schmiergeld ist und bleibt Schmiergeld.

Zentralverband der Angestellten.

Reich und Ausland.

Taubstumme Mörder. Das Schwurgericht in Halle verurteilte die beiden Taubstummen Heuschkel und Schuhmacher Grabowsky, die am 6. Januar den Geldbriefträger Schlegel in ihre Wohnung gelockt, erschossen und ausgeplündert und dessen Leiche hernach in die Saale geworfen hatten, zum Tode. Während der Verhandlungen ergab sich, daß die Verbrecher noch zwei weitere Mordtaten geplant hatten, um schnell zu Wohlstand zu gelangen.

Beulenpest in Konstantinopel. „Telegraaf“ meldet aus London, daß das Handelsamt vom Gouverneur von Malta die Mitteilung erhalten hat, daß in Konstantinopel eine Beulenpest-Epidemie herrsche.

40 Bergleute getötet. Infolge des Einsturzes einer Fördermaschine wurden einer Meldung aus London zufolge in dem Leoantbergwerk in der Nähe von Pezare 40 Bergarbeiter getötet und zahlreiche andere verletzt.

Kunst und Wissenschaft.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, Berlin SO., Adalbertstraße 41, eine persönliche Gründung unseres Genossen Hugo Heimann, wird demnächst geschlossen werden. Wie uns Genosse Heimann mitteilt, ist er infolge der veränderten Zeitverhältnisse außer Lage, das Institut, das er seit dem 25. Oktober 1899 auf eigene Kosten unterhalten hat, weiter zu führen. — Es ist recht bedauerlich, daß das nützliche Unternehmen, das in den 20 Jahren seines Bestehens von nicht weniger als 1 100 000 Personen benutzt und 2 400 000 Personen besucht worden ist, den allgemeinen Zeitverhältnissen zum Opfer fällt. Offenbar sind die finanziellen Anforderungen so groß geworden, daß sie ein einzelner nicht mehr zu tragen vermag.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Fleischausgabe.

In der Woche vom 20. bis 26. Oktober 1919 werden auf die Reichsfleischkarte für erwachsene Personen 200 Gramm frisches Fleisch und Frischwurst, für Kinder unter sechs Jahren die Hälfte, ausgegeben. Auf jede Fleischkarte muß Fleisch und Frischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Zuteilung ist jede Fleischmarke, die den Aufdruck „1/10 Anteil“ trägt, mit 20 Gramm Fleisch oder 40 Gramm Frischwurst zu bewerten.

Außer dem frischen Fleisch gelangen auf die Fleischkarte für erwachsene Personen 125 gr amerikanisches Schweinefleisch, für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte zur Ausgabe. Der Preis für 125 gr beträgt Mk. 2.30.

Militärpersonen, Besucher und zurückkehrende Kriegsgefangene erhalten ihre Fleischware bei dem Schlachtermeister **H. Meincke**, Schüsselbuden Nr. 30. Das auf Grund ärztlichen Attestes Kranken zustehende Frischfleisch ist nur bei dem Schlachtermeister **W. Kahlf**, Holstenstr. Nr. 5, zu entnehmen.

Lübeck, den 22. Oktober 1919. (9002

Das Landesversorgungsamt.

Ausgabe von Speisemarken.

Die Ausgabe der Speisemarken für die Zeit vom 27. Oktober bis 23. November 1919 erfolgt von Freitag, den 24. Oktober 1919 an von morgens 8 Uhr bis 3 Uhr nachmittags in der Börse, Eingang vom Markt (Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen).

Für die Zeit bis 23. November 1919 werden im Höchstfalle 4 Hefte zu 16 Marken, deren Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist, ausgegeben.

Zur Erlangung je eines Heftes sind abzugeben:

1) einer der für Mühlenfabrikate gültigen Abschnitte 131—136 der Bezugskarte,

2) einer der zum Bezuge von Zucker gültigen Abschnitte 140—144 der Bezugskarte und

3) drei Unterabschnitte der Abschnitte 7, 8, 9 und 10 der roten Kartoffelkarte. Selbstversorger und Personen, welche auf diese Abschnitte Kartoffeln bereits bezogen haben, erhalten gegen Ablieferung von 3 Pfd. zur menschlichen Nahrung geeigneter Kartoffeln für jedes Speisemarkenheft gegen Empfang des Tagespreises in der Städtische Kartoffelstelle, Königstr. 13, I., einen entsprechenden Ausweis.

Die Ausgabe von Speisemarken für auswärts wohnhafte Personen, welche hier in fester Arbeit stehen, erfolgt nur in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittelverteilungsstelle, Breite Straße 65, Zimmer 1.

Lübeck, den 22. Oktober 1919.

9003) **Das Landesversorgungsamt.**

Betrifft Errichtung und Herstellung von Ofen und anderen Feuerstätten.

In letzter Zeit sind, namentlich in Gebäuden mit Sammelheizungen, Öfen aufgestellt worden, ohne die dafür erforderliche Genehmigung einzuholen. Abgesehen davon, daß ein solches Verfahren gegen die Bestimmungen des § 368,8 des Reichs-Straf-Gesetzbuches und die Vorschriften des § 5,2 der Bauordnung vom 19. Februar d. Js. verstößt und die Betreffenden straffällig macht, ist festgestellt worden, daß bei Anlage solcher Öfen häufig verschiedene Sicherheitsbestimmungen der Bauordnung außer Acht gelassen werden. Es können dadurch nicht unerhebliche Gefahren für Leben und Gesundheit der Bewohner eintreten, namentlich ist in verschiedenen Fällen die Sicherheit gegen Feuersgefahr durch die ausgeführten Anlagen erheblich verringert worden.

Es wird daher ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Errichtung und Herstellung von Feuerstätten der Genehmigung und Prüfung der Baupolizeibehörde unterliegen.

Lübeck, den 20. Oktober 1919. (9001

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend Ausgabe der Vordrucke zur Nachversteuerung von Zündwaren.

Vordrucke zur Anmeldung nachsteuerpflichtiger Zündwaren sind im Zimmer 26 des Hauptzollamts Lübeck, Untertrave 54 — für die Anmelder der Ortschaften Travemünde, Rönnau, Teutendorf, Gneversdorf und Brodten beim Zollamt Travemünde — kostenlos in Empfang zu nehmen. Die nach Maßgabe des Vordrucks ausgefüllten Anmeldungen sind in doppelter Ausfertigung bei den genannten Amtsstellen spätens **am 27. Oktober 1919** abzugeben.

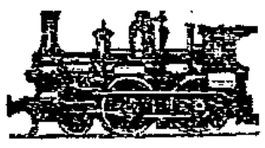
Bis zum Zeitpunkt der Nachprüfung eingetretene Veränderungen der angemeldeten Vorräte durch Zu- oder Abgang sind den Prüfungsbeamten vor Beginn der Nachprüfung mitzuteilen und auf Verlangen näher nachzuweisen.

Hinterziehungen der Nachsteuer und des Nachzolls werden nach den Strafvorschriften des Zündwarensteuergesetzes und des Vereinszollgesetzes geahndet. 8995

Lübeck, den 22. Oktober 1919.

Lübeckisches Hauptzollamt.

Aeltere erfahrene
Klempner
und ältere erfahrene
Autogenschweißer
stellen ein
Stanz- u. Emaillierwerk vorm. Carl Thiel & Söhne
Aktiengesellschaft. 9005



Zur Kohlenersparnis wird an den **Sonntagen** vom 26. Oktober ab bis auf weiteres folgender beschränkter Fahrplan eingeführt:

Lübeck-Hamburger Strecke.
Ab Lübeck 7.45, 10.05, 11.28 3.52, 7.**20**, 8.**16**, 9.**30**
Ab Hamburg 5.**30**, 7.05, 8.27, 12.20, 3.48, 7.**22**, 11.**05**

Lübeck-Travemünde-Niendorfer Strecke.
Ab Lübeck 8.15, 2.04, 6.**20** bis Travemünde.
Ab Niendorf O. 10.00, 4.03, 7.**27** ab Travemünde.

Lübeck-Büchener Strecke.
Ab Lübeck 8.00, 5.20.
Ab Büchen 11.45, 7.**22**.

Zwischen Büchen und Lüneburg fallen die Züge aus.

Lübeck-Segeberger Strecke.
Ab Segeberg 8.00.
Ab Lübeck 7.**20**.

Näheres ist aus den vom 24. d. M. ab auf den Bahnhöfen aushängenden besonderen Sonntagsfahrplänen zu ersehen. (9010

Die Direktion der Lübeck-Büchen. Eisenb.-Gesellsch.

Mecl.-Schwerinsche Landeseisenbahn.

Die **Arbeiterwochenkarten** werden mit dem 31. Oktbr. d. Js. aufgehoben. Dafür werden bis auf eine Entfernung von 40 Kilometern einschl. am 1. November d. Js. **allgemein erhältliche Wochenkarten für die 4. Klasse** eingeführt. Sie sind mindestens 3 Tage vor der Benutzung bei der Fahrkartenausgabe zu bestellen. Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrsbureau.

Schwerin, (9007
den 20. Oktober 1919.

General-Eisenbahndirektion.

Frieda Eckhoff
Hans Delfs
Verlobte.
Schwartau, Mölln,
z. Z. Rensefeld.
8997) 19. Oktober 1919.

Näherin im Haus gef. (8989 Kottwitzstr. 32, Schlachterei.

Zu vert. 1 P. Mitt.-Stief. Gr. 27 g. 29 u. 1 P. led. H.-Hansch. Gr. 42, Friedm., geg. Dam.-Halbsch. Gr. 39. 9014) Westhofstr. 49 III.

Verloren e. silb. Damenuhr m. Goldr. u. Kette auf dem Wege v. d. Ritterstr. bis Wesloe. Abz. g. Belohn. 9013) Ritterstr. 2a.

Das kommunistische Manifest
50 Pfg.
Buchhdl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Infolge eines Unglücksfalles entschlief heute unsere liebe Mutter, Schwieger- u. Großmutter

Catharina Tode
geb. Gebelhauer
im 64. Lebensjahre.

Tief betrauert und schmerzlichst vermißt von den Hinterbliebenen.

Carl Tode u. Frau, Graudenz.
Heinrich Tode und Frau.
Ernst Tode u. Frau, Wangten.
Heinrich Hill und Frau.
Theodor Schmehl und Frau.
Dora Tode.

Lübeck, 21. Otbr. 1919.
Josephinenstraße 7.

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 27. Oktober, nachm. 4 Uhr, in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt. (9009

Ad. Hübner, Uhrmach. u. Goldarbeit., **Fünfhausen 13.** Eig. Reparaturwerkstatt. 8957

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (8990
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10
Mgl. d. K.-Spar. Lübeck

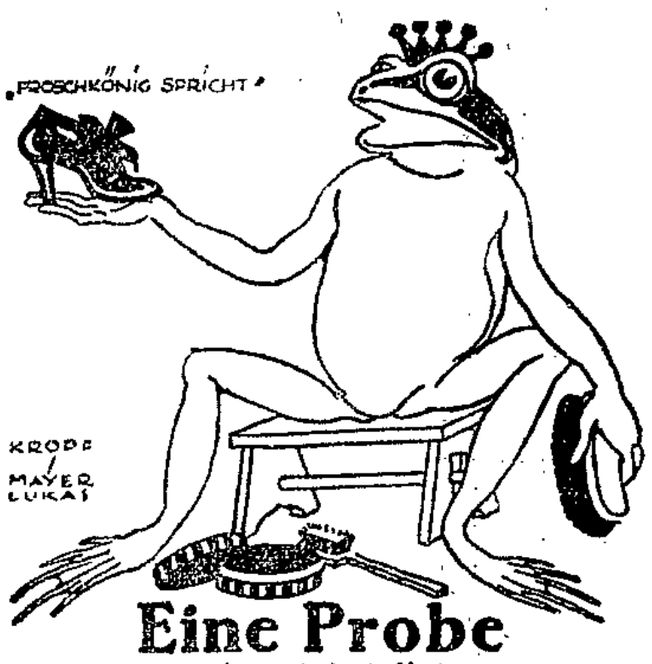
Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Außerordentliche
General-Versammlung
der Kranken-unterstützungskasse
am Freitag, 24. Oktober abends 6½ Uhr
im Gewerkschaftshaus Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Änderung des Statuts.
2. Verschiedenes. (9000

Die Lokalverwaltung.

NB. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen der Mitglieder der Krankenunterstützungskasse dringend notwendig.



Eine Probe
ist mehr wert als ein Vortrag.
Sie zeigt die Hauptsache, die
Qualität.
Jede Probe ist ein Sieg für
Erdal
schwarz, gelb, braun, rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz
9668

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 24. Oktober
abends 7½ Uhr
im Lokale des Herrn Friedrich Lender,
Hundestraße 41.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Kartellbericht.
3. Anstellung eines Beamten.
4. Antrag der Hafenarbeiter auf Abhaltung eines Wintervergnügens.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend erforderlich.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

9011) **Die Ortsverwaltung.**

Unabhängige Sozialdemokrat. Partei

Ortsgruppe Lübeck. Bureau: Fleischhauerstr. 8.

Versammlung

am Freitag, dem 24. Oktober 1919,
abends **präzise 7 Uhr.**

Tagesordnung:
1. **„Die Internationale“.** Referent: Genosse **Kalweit-Hamburg.**
2. Bericht von der Bezirkskonferenz Hamburg.
3. Innere Parteiangelegenheiten.

Der Vorstand.

NB. Wegen den bestehenden Beleuchtungsverhältnissen beginnt die Versammlung präzise 7 Uhr.

Neu-Lauerhof
Morgen Freitag: 8992
Großes Tanzkränzchen.
Großes Orchester. Harmonieklub.

Waisenhof Freitag u. Sonnabend 8998 **Tanz.**

Rauchtabak,
Zigarren, Zigarillos, [z
nur reine Qualitäten, und nur an Private gegen Nachnahme. Nicht Passendes wird zurückgenommen. Vorerst nur kleine Zuteilungen möglich. (8993
Versandhaus Meiseis,
Darmstadt, Martinstr. 26.

Bilderleisten einrahmungen
Oscar Tauchnitz, Glashdlg.
Fleischhauerst. 35. Fnr. 2808
9991

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.

Sitzung (9012
des Stadtrats
am Freitag, 24. Oktober abends 7½ Uhr
im Schöffengerichtssaal.

Tagesordnung:
1. Elektrizitätsversorgung.
2. Anleihe von 40 000 Mk.
3. Schulangelegenheiten.
4. Bau eines Turnschuppens
5. Zuteilung zu einem Landes-Finanzamt.
6. Steuerveranlagung.

Stadtmagistrat Bad Schwartau.
Dr. Gleiniger.

Kücknitz.
W. Dieckelmanns Gasthof
Freitag, d. 24. Okt: (9004
Tanz-Kränzchen.

Hansa-Halle.
Jed. Freitag u. Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen. 9016
J. Rieck.

Theater-Verein „Freiheit“.
Großer
Theater-Abend
am Freitag, d. 24. Okt., im Konzerthaus Flora.
1. **Drei Frauen auf einmal.** Posse in 1 Akt.
2. **Herrenrecht.** (8994 Schauspiel in 1 Akt.
3. **De Schoolinspektschon.** Lustspiel in 1 Akt.

Kassenöffnung 6½ Uhr.
Anfang 7 Uhr.
Eintritt 80 ₰, Kinder 50 ₰
Karten sind bei sämtlichen Mitgliedern, sowie Abends an der Kasse zu haben.
NB. Versammlung am Donnerstag, dem 23. Okt.

Hansa-Theater
Donnerstag: (9006
Die Büchse der Pandora.
Freitag, 7 Uhr:
Eva, das Fabrikmädel.
Operette von Franz Lehar.
Sonnabend:
Die Faschingsfee.

Stadttheater Lübeck
(9008
Donnerstag, d. 23. Oktbr.,
1. Vorstellung im Schauspielzyklus.
Anfang 7 Uhr.
Jedermann.
Das Spiel vom Sterben des Mannes.
Freitag, den 24. Oktober:
6. Vorstellung im Freit.-Ab.
Der Evangelimann.
Sonnabend, d. 25. Oktober:
Martha.
Sonntag, den 26. Oktober:
Anfang 10½ Uhr.
Morgenfeier.
Anfang 1 Uhr 15
3. Fremdenvorstellung.
Lohengrin.
Anfang 7 Uhr.
Eine Nacht in Venedig.

Beilage zu Nr. 248.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Donnerstag, den 23. Oktober 1919

Ein Auftakt zum Parteitag der Unabhängigen.

In Leipzig, wo in wenigen Wochen der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen stattfinden soll, hat eine Aussprache der dortigen unabhängigen Mitgliedschaft über Ziele und Taktik der Partei stattgefunden und mit einer glatten Niederlage der unabhängigen Parteileitung geendet. Da Leipzig nicht nur als Tagungsort, sondern auch als politische Hochburg der Unabhängigen von besonderer Bedeutung ist, so hat dies Ergebnis für die Abschätzung des kommenden Parteitages nicht unerhebliche Bedeutung.

Der Versammlung lagen zwei Entschließungen vor. Die Entschließung der Parteileitung erklärt sich für die Grundlagen des bisherigen Aktionsprogramms und hält die Anwendung aller Kampfmittel für notwendig. Neben der Propaganda für das Rätesystem, neben Massenaktionen und Gewerkschaftskampf dürfe die Ausnützung des parlamentarischen Kampffeldes nicht vernachlässigt werden. Nur so könne die Partei die Mehrheit der Arbeiterschaft und damit die Vorbedingungen für die Diktatur des Proletariats gewinnen. Im weiteren fordert die Entschließung der Parteileitung Verbrüderung mit dem revolutionären Proletariat der Westländer und fordert deshalb den Internationalen Kongreß von Genf zu beschicken (also die zweite Internationale), um dort gegen die Reformsozialisten Deutschlands und des Auslandes den Kampf aufzunehmen.

Im schroffen Gegensatz zu dieser Entschließung der Parteileitung, die am Parlamentarismus und an der Zugehörigkeit zur Zweiten Internationalen festhält, fordert eine Entschließung Böttcher-Geyer den Anschluß an die Dritte Internationale. Diese Entschließung erklärt, daß die Zweite Internationale nicht mehr als ein Instrument des revolutionären Klassenkampfes angesehen werden könne, verlangt das sofortige Ausscheiden der U. S. P. D. aus dem „Bunde mit den Reformsozialisten und Sozialverrätern" und Beteiligung an der Dritten Internationale.

In der Abstimmung erhielt die Entschließung der Parteileitung 497, die andere Böttcher-Geyer 910 Stimmen, also beinahe doppelt so viel. Für die „unabhängige" Parteileitung eine sehr empfindliche Niederlage, die ihr deutlich zeigt, daß auch sie keineswegs, wie sie sich gern schmeichelt, die von ihr verhetzten Massen in der Hand hat, und daß sie nicht imstande ist, deren immer stärkeres Herübergreifen zu den Bolschewisten zu verhindern. Die U. S. P. D. ist schon heute zu zwei Dritteln nichts weiter als ein Schemen.

Die reaktionäre Lügenbrut.

Eine öfter beobachtete Erscheinung bei der reaktionären Offiziersclique: Wenn ihr jemand, namentlich ein Aufgeklärter, aus ihrem eigenen Kreise politisch unangenehm wird, so scheut sich die Clique nicht, mit einer Flut gemeiner Verdächtigungen und Beschimpfungen über den Betreffenden herzufallen. Dieselben Leute, die jedermann vor die Pistole fordern, der nur im geringsten ihre Wahrheitsliebe anzuzweifeln wagt, erfinden und verbreiten mit dreistester Stirne die ungeheuerlichsten Lügen, um einen ihnen unbequemen Mann unmöglich zu machen oder kalt zu stellen.

Ein neues Beispiel für diese Taktik bildet die Angelegenheit des Fliegerleutnants Fritz Porten. Dieser, der Bruder der bekannten Filmschauspielerin, war gleich nach Ausbruch der Revolution Mitglied eines Soldatenrates geworden und machte aus seiner republikanischen Gesinnung kein Hehl. Die Folge war, daß die Offiziersclique ihn in der Oeffentlichkeit mit den schmutzigsten Beschimpfungen übergoß. Aus Offizierskreisen der Ostarmee wurden Zeitungsartikel gegen Porten verbreitet, in denen dieser beschuldigt wurde, den großen Flugzeugpark Wilna an die Bolschewisten verkauft und dabei Millionen in seine eigene Tasche gesteckt zu haben. Das Ermittelungsverfahren, das Porten gegen sich selber beantragt hatte, hat nunmehr ergeben, daß alles Lüge und Schwindel gewesen ist. Porten hat im Gegenteil das gesamte Flugzeugmaterial aus Wilna ordnungsgemäß zurückgebracht und in Deutschland der Inspektion der Fliegertruppe abgeliefert, er hat dem deutschen Volke Millionenwerte erhalten, wofür ihm größte Anerkennung und Dankbarkeit gebührt. Nicht der leiseste Schatten fällt auf die Ehre des Mannes, den die reaktionäre Clique als Gauner und Hochstapler hinzustellen versucht hat.

Nach diesem Falle lernt vielleicht die Oeffentlichkeit endlich die persönlichen Anschauungen etwas anders zu beurteilen, die mit regelmäßiger Pünktlichkeit auf jeden Menschen herabhageln, der in das Treiben der reaktionären Offiziersclique hineinleuchtet.

Das Kölner Schiebernest.

Ueber das ungeheuerliche Schieberunwesen, das sich in Köln am Rhein entwickelt hat, macht Dr. Erich Wulf im „B. T." Aufsehen erregende Mitteilungen. Es ist dort keine Seltenheit, daß durch ein einziges Telephongespräch eine halbe Million verdient wird. Dolmetscher erhalten für ihre Mitwirkung an einer großen Transaktion der international zusammengewürfelten Schiebergesellschaft 1000 Mark und mehr, nicht als Lohn für ihre geringe Mühe, sondern als Schweigegeld für das, was sie mit angehört und übersetzt haben. Allein die Zahl der in Köln tätigen Großschieber, von den kleinen ganz zu schweigen, berechnet Wulf auf 1500. Auch über die Mitwirkung der ententistischen Besatzungsbehörden bei den lukrativen Geschäften, wobei jene natürlich nicht zu kurz kommen, weiß Wulf Interessantes zu erzählen. Die deutschen Behörden sind hiergegen völlig machtlos. Seit August haben sich in Köln die Warenpreise für Butter, Schmalz, Reis usw. verdoppelt und verdreifacht, was ganz allein auf die Tätigkeit der Schieber zurückzuführen ist. Eine wirkliche Bekämpfung dieses Blutsaugertums ist nur möglich, wenn Deutschland seine wirtschaftliche Oberhoheit im besetzten Gebiete wieder herstellen kann.

14. Generalversammlung der Metallarbeiter.

k. Stuttgart, 18. Oktober.

Sechster Verhandlungstag.

Ueber den zweiten Teil des Vorstandsberichtes

Arbeitsgemeinschaften und künftige Aufgaben unserer Organisation

hielt das Referat das Vorstandsmitglied

Zernicke (Stuttgart): Dem Vorstand werden wegen seines Eintretens für die Arbeitsgemeinschaften der Vorwurf des Verrats an den Interessen der Arbeiter gemacht. Dieser Vorwurf sei aber ungerecht, denn der Vorstand habe nur im Sinne früherer Vorstandsbeschlüsse gehandelt. Es sei eine Täuschung der Mitgliedschaft und der Oeffentlichkeit, wenn behauptet wird, daß der Vorstand mit den Metallindustriellen eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen habe. Es ist auch falsch, wenn behauptet wird, daß der Vorstand selbstherrlich gehandelt habe. **Der erweiterte Beirat hat den Vorstand beauftragt, die Vorbereitungen für den Abschluß der Arbeitsgemeinschaft zu treffen.** Der Vorstand war darin verpflichtet, auf dem ihm gewiesenen Weg die Interessen der Mitglieder zu wahren. Die Vorläufer der Arbeitsgemeinschaften sind die Kriegsausschüsse, die im Anfang des Krieges von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet worden sind. Die Grundzüge der Arbeitsgemeinschaft bauen sich auf der bisherigen Tätigkeit der Gewerkschaften auf. Der fundamentale Unterschied zwischen Arbeitsgemeinschaft und Rätesystem, wie es Müller will, ist: in den Arbeitsgemeinschaften sollen alle sozialen und wirtschaftlichen Fragen alle bisherigen gewerkschaftlichen Aufgaben zwischen den Organisationen gemeinsam, durch paritätisch zusammengesetzte Kommissionen zu behandeln; Müller will durch sein Rätesystem eine einseitige Vertretung der Arbeiterschaft unter Ausschaltung der Unternehmer und der Parlamente. **Wer sich auf den Müllerschen Boden stellt, verzichtet auf das Recht der gemeinsamen Arbeit.** Wir aber wollen kollektive Vertretung wirtschaftlicher und politischer Interessen. **Die Arbeitsgemeinschaft bedeutet die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigten Faktor.** Um diese Anerkennung haben wir lange gekämpft. Es ist falsch, wenn gesagt wird, die Gewerkschaften wollten durch das Zusammenarbeiten mit den Unternehmern den Kapitalismus wieder hochbringen. Alle Redner, auch Dißmann, haben hier gesagt, daß der Kapitalismus noch nicht vernichtet ist. Er hatte am 9. November genau die gleiche Kraft wie heute. **Es ist eine Selbsttäuschung, wenn man behauptet, daß der Kapitalismus zusammengebrochen sei.** Mit dem Mittel der Räteorganisation in einem Lande kann man die Weltwirtschaft nicht umbilden. Selbst Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht haben gesagt, daß **die kapitalistische Privatwirtschaft nur durch eine Weltrevolution beseitigt werden kann.** Es ist ein Unsinn, wenn die deutsche Arbeiterschaft glaubt, daß die deutsche Arbeiterschaft allein eine sozialistische Wirtschaft aufbauen könne. Wir sind ein Glied in der Weltwirtschaft.

Eine Voraussetzung für die Ueberführung der Produktionsmittel in die Allgemeinheit ist, daß das Volk sich klar darüber ist, was Sozialismus ist. Man kann wohl mit einem Dekret sozialisieren, man kann aber mit ihm nicht Herz und Hirn beschlagnahmen. Wir streiten uns noch über die Formen der Verwirklichung des Sozialismus. (Zuruf von Dißmann.) Lieber Dißmann, **durch eine kräftige mit Phrasen geschwängerte Rede kann man den Sozialismus nicht durchführen.** (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit.) Wir behaupten, daß unser Weg, unsere Methode sicherer zum Ziel, zum Sozialismus führt, als eurer. Wir hoffen, die bisherige gewerkschaftliche Arbeit fortsetzen zu können, und zwar nicht nur in dem Umfang wie bisher. Der Aufgabenkreis, der durch die Arbeitsgemeinschaft uns zufällt, ist ungeheuer groß. **Der Wiederaufbau Deutschlands kann nur unter Anspannung aller Kräfte erfolgen.** Haben wir alle Volksgenossen in unserem Kanne? Stehen nicht ungezählte Volksgenossen draußen? Können wir uns selbst auf unsere Kollegen in jedem Falle verlassen? Bei den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen kommt es bei einem großen Teil der Beteiligten nicht darauf an, Grundsätze zu verteidigen, sondern darauf, Erfolge zu erreichen. (Zuruf: Sehr! Gelächter.) **Die Arbeitsgemeinschaft will den Klassenkampfcharakter nicht verwischen, sie ist vielmehr ein Mittel, die Gegenwartsarbeit zu erledigen.** Wenn die Arbeitsgemeinschaft abgelehnt wird und der Metallarbeiterverband aus dem Gewerkschaftsbund austritt, wie es die „Freiheit" will — wer dies verlangt, kann es nur aus politischen Gründen, aus blinder Wut gegen unsere Taktik. Stellt sich der Verbandstag auf dem Boden des Rätesystems, dann muß die wirtschaftliche Berufsorganisation der Metallarbeiter in einen revolutionären Industrieverband umgebildet werden. Der Verband kann keinen anderen Weg als den der Arbeitsgemeinschaft gehen, wenn er die Interessen seiner Mitglieder wahren will. **Wir kämpfen nicht des Kampfes wegen!** Ein erheblicher Teil der Metallarbeiter kann sich mit euren Ansichten nicht befreunden; wir müssen praktische Arbeit leisten. Die Arbeitsgemeinschaften sind der Weg, den der Verband beschreiten muß, und selbst wenn Sie ihn ablehnen, werden Sie die harten Tatsachen zwingen, mit den Arbeitgebern zu verhandeln. (Dißmann: Wer bestreitet das?) Was hindert dann uns, mit den Unternehmern auch über andere Fragen, die Verteilung der Rohstoffe usw. zu beraten? Ist es Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft, wenn wir die große volkswirtschaftliche Frage gemeinsam mit den Arbeitgebern beraten? **Es scheint, daß Sie Furcht vor Ihrer eigenen Courage haben.** (Sehr richtig!) Wenn das Wort die Macht über die Tat gewinnt, werden wir noch lange auf die Verwirklichung unserer Ziele warten müssen. Lehnen Sie die Arbeitsgemeinschaft ab, dann tragen Sie die Verantwortung. (Starker Beifall.)

Das Korreferat hält Richard Müller (Berlin). Er stellt seinen Betrachtungen das Wort Schlides „Stellt euch auf den Boden der Wirklichkeit" voran und fügt diesem hinzu: „Verlaßt nicht die Grundsätze des Sozialismus." Der Extrakt seiner Ausführungen ist in von ihm vorgelegten sehr langen Leitsätzen niedergelegt. Diese besagen:

„Die Novemberrevolution hat der deutschen Arbeiterschaft die Befreiung vom kapitalistischen Joch nicht gebracht. Beim Ausbruch der Revolution versucht die kapitalistische Gesellschaft durch straffen Zusammenschluß ihrer Kräfte und deren rücksichtslose Einsetzung im wirtschaftlichen und politischen Kampfe, ferner durch Dienstbarmachung der politischen und militärischen Gewaltmittel die Arbeiterschaft zu willenlosen Ausbeutungsobjekten herabzudrücken. Die Klassengegensätze und Klassenkämpfe durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeit und Kapital zu überbrücken, ist ein Versuch, der nur Verwirrung in die Reihen der Arbeiter trägt und den erforderlichen Klassenkampf unterbinden muß.

Die Arbeiterschaft, durch ihre elende wirtschaftliche Lage zu immer neuen Forderungen und Kämpfen gezwungen, kann sich nicht mit geringen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates begnügen, sondern ist gezwungen, den Kampf um die Produktionsmittel, den Kampf zur Beseitigung des Kapitalismus, mit aller Schärfe fortzuführen. Dieser Kampf ist ein wirtschaftlicher und zugleich ein politischer Kampf, der von der Arbeiterschaft in erster Linie durch Verweigerung ihrer Arbeitskraft ge-

---

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie legte die Stickerei aus der Hand, und ihn mit einem Blicke messend, der bewies, daß sie sich ihm überlegen fühlte, sagte sie:

„Lieber Bert, daran wollen wir uns doch lieber nicht erinnern. Es ist mir zum Glück ausgeschlagen, daß ich Horstmann nahm. Ich fühle mich vollkommen wohl mit ihm und wünsche mir nichts Besseres."

„Das habe ich dir ja prophezeit," warf er ein.

„Du hattest ganz andere Hoffnungen, mein Lieber. Du dachtest, ich würde deine Geliebte werden. . . . Mich zur Frau zu nehmen, dazu fehlte dir ja die Courage."

Bert schwieg einen Augenblick. Aus der Bitterkeit ihrer Worte glaubte er ihren Groll gegen ihn zu hören. Und da sie ihm noch grollte, so mußte sie ihn auch noch lieben.

„Willst du mir glauben, Anna . . ." sagte er demütig.

„Was?"

„Daß ich das oft bitter bereut habe, diesen Mangel an Mut . . . oder an Leichtsinn."

Ihr Gesicht wurde glatt, und ihr kühles, überlegenes Lächeln schien ihm zu sagen, daß alle Gefühle für ihn erstorben seien.

„Wenn du mir nichts vorschwindelst . . ."

Er fuhr heftig auf, und sie sagte einlenkend:

„Nun ja, ich glaube dir, daß du es manchmal bereut hast — in Stunden, wo du über dich selbst im Unklaren warst. Aber damals, als du so selbstlos für einen anderen freitest, da hast du deine wahre Natur erkannt. Du warst zu schwach und zu bange. Wer wollte dir daraus einen Vorwurf machen?! Du bist ein reizender Mensch, Bert. Ich freue mich immer, dich zu sehen. Wir wollen brillante Freunde werden. Aber halte dich nur nicht großer Gefühle für fähig und sprich mir nicht von Liebe. Das klingt komisch bei dir. Ich will dir was anvertrauen, erzähl' es aber nicht deinen Freunden, die würden mich auslachen: ich liebe meinen Mann".

Bert sah sie ungläubig an und lächelte, als wenn er sagen wollte: wozu denn diese Komödie! Aber sie fuhr eifrig fort:

„Wahrhaftig! Ich liebe ihn. Ich selbst wundere mich am meisten darüber. Er ist ein Barbar, sechsundzwanzig Jahre älter als ich, ist häßlich, hat Hände wie ein Fuhrmann und nicht die geringsten Manieren. Das alles sehe ich. Trotzdem liebe ich ihn. Warum? Das weiß ich nicht. Wir Frauen sind eben verrückt. Vielleicht deshalb, weil er ein ganzer Kerl ist. Nicht solch ein Schlappier wie du."

Bert verneigte sich.

„Danke sehr! Wenigstens bist du offen."

Sie zuckte die Achseln. Eine Weile schwiegen beide. Aus Berts Gesicht war das ironische Lächeln verschwunden, er konnte die erlittene Kränkung nicht verbergen. Anna sah ihn verlegen an, es schien ihr, als hätte sie zu viel gesagt.

„Du bist doch nicht böse?"

„Warum? Ich weiß selbst, daß ich keinen Stiernacken habe wie dein Mann. Er und ich, wir sind verschiedene Rassen . . . Uebrigens irrst du dich doch vielleicht ein bißchen über deine Gefühle. Soll ich dir sagen, warum du ihn liebst?"

„Nun?"

„Weil er dir alles gibt, was du verlangst. Und dann . . ."

„Und dann?"

„Weil er meistens fort ist und dich nicht stört. Wärst du gezwungen, täglich an seiner Seite zu leben, dann würdest du merken, daß zwischen euch eine Welt liegt. Ihr habt nicht das mindeste gemein mit einander, er versteht deine Gedanken nicht, du nicht seine. Eines Tages wirst du schon dahinter kommen, wie fremd ihr euch seid. Und wenn du so edle Regungen für ihn hast — ich glaube nicht recht daran. Ich glaube eher, daß du überhaupt nicht weißt, was eigentlich Liebe ist."

„Oho! Horstmann und ich haben mehr Interessen gemeinsam als du denkst. Und eines Tages wirst du und werdet ihr seinen Jungen alle schon dahinter kommen, was in ihm steckt."

„Nie! Nie! Dein Mann kann zehn Jahre hier leben und in der Gesellschaft verkehren — er wird immer so fremd hier bleiben, wie er war. Er ist von anderer Rasse, aus einer anderen Welt. Die Leute werden sich nie an ihn gewöhnen."

„Das werden wir schon sehen!" sagte Anna trotzig.

Sie brachen das Gespräch ab und kamen auch später nicht wieder darauf zurück. In der Folgezeit war Anna besonders aufmerksam gegen ihren Mann. Wenn sie Bekannte bei sich hatte, und er war zu Haus, so suchte sie ihn mit feinem Takt in den Mittelpunkt zu stellen. Sie stimmte seinen Ansichten zu, auch wenn sie sie nicht teilte, und seine oft so schroffen Aeußerungen versuchte sie zu mildern, daß schließlich ganz annehmbare Gemeinplätze daraus wurden. Auch veranlaßte sie ihre Freunde öfter, mit ihr nach Luringen zu fahren, um sich von den Fortschritten der Brücke zu überzeugen. Es war seltsam genug, diese eleganten Leute in dem wilden Bergtal zwischen den Arbeitern herumlaufen und über schwindelige Gerüste und senkrechte Leitern klettern zu sehen.

VI.

Eh im Luringer Grund die große Eisenbrücke gebaut wurde, war es dort still, menschenleer und tot gewesen wie im vergessensten Erdenwinkel. Zu beiden Seiten der Wupper steigen jählings laubbewachsene Berge über dreihundert Fuß empor, stundenlang wälzt der Fluß seine hellen Fluten durch tiefe Waldeinsamkeit, bis die Industrieanlagen beginnen, die mit ihren Abflußrohren das Wasser verunreinigen, daß es schließlich schwarz und schlammig wird, wie halb eingetrocknete Tinte. Nur eine Wassermühle hatte im Grund das melancholische Klappern ihrer Räder ertönen lassen. Aber seit Jahren stand die Mühle still, und auf den halbverfaulten Speichen wuchs grünes Moos.

Als Junge war Horstmann an manchem Sonntagmorgen auf steilen, verschlungenen Wegen den Bergrücken hinabgeklettert und hatte in der Wupper gefischt. Hier konnte er am besten seinen Gedanken nachhängen. In weiter Runde war nichts weiter zu hören, als das Rauschen des Wassers und der Bäume. Auch das Dorf Luringen selbst lag ganz verlassen auf der weiten Hochebene. Doch vom Kirchturm aus, der die Baumgipfel überragte, sah man ringsum am Horizont auf beiden Seiten des Flusses ferne Dörfer, Städte, Kirchtürme und einen ganzen Wald von Fabrikschloten, die dunkelrote Feuergarben ausspien oder ihren Qualm gleich langen, feierlichen Trauerfahnen hinaussandten.

Zwei Städte, schon im Mittelalter durch ihre Stahlindustrie berühmt, die in den letzten Jahrzehnten einen kolossalen Aufschwung genommen hatten, lagen einander hüben und drüben vom Fluß gegenüber. Der Luftlinie nach betrug die Entfernung nur wenige Meilen, doch wegen des tiefen Taleinschnittes der Wupper war die Kommunikation zwischen beiden unmöglich. Ueberhaupt lagen die Verkehrverhältnisse ungünstig, und nur auf großen Umwegen konnten sie ihre Waren zu den Stapelplätzen bringen. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, sollte eine neue Bahnlinie gebaut werden, die die Wupper überquerte. Jahrelang war das Projekt für notwendig befunden worden, immmer von neuem wurde es erwogen, immer von neuem verworfen — wegen der Schwierigkeit des Talübergangs. Da reichte Horstmann seinen Plan ein. Mit einem einzigen Bogen, der sich aus dem Talgrund bis zur Höhe der Bergrücken erhob, wollte er die Wupper überspannen. Dieser Bogen mußte an Höhe und Spannweite alles übertreffen, was man bis jetzt in Stein oder Eisen zu bauen gewagt hatte. Was aber das Kühnste war: er wollte diesen Bogen ohne jedes Gerüst frei aus sich selbst herauswachsen lassen. Von beiden Ufern aus sollten auf steinernen Unterbauten, die zwanzig Meter tief in die Erde hinabreichten, um das kolossale Gewicht des Eisens tragen zu können, mit dem Errichten der Hörner begonnen werden. Von starken, in der Erde verankerten Drahtseilen gehalten, strebten sie einander zu, bis sie sich trafen und so den Bogen bildeten, der sich durch sein eigenes Gewicht hielt. Sechs Pfeiler, drei auf jeder Seite, erhoben sich an den steilen Uferwänden und halfen die Brücke tragen. In zwei Jahren wollte Horstmann dieses Werk ausführen, das vollendet, die kühnste und höchste Bogenbrücke der Welt sein würde. Fortsetzung folgt.

führt werden muß. Dazu ist der Zusammenschluß der Arbeiterklasse — aller Hand- und Kopfarbeiter — zu gewaltigen Kampforganisationen notwendig.

Infolge der als Folgeerscheinung des Weltkrieges und einer politischen Revolution geschaffenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und des dadurch bedingten und immer näher rückenden Endkampfes können die gewerkschaftlichen Organisationen allein nicht mehr genügen. Vielmehr müssen die gewerkschaftlichen Organisationen sich zu gewaltigen Industrieverbänden zusammenschließen, um dadurch zum Fundament eines sich organisch entwickelten Rätesystems zur wirtschaftlichen Betätigung zu werden. Dieses Rätesystem muß alle Kräfte des werktätigen Volkes sowohl zu einer Kampforganisation zur Erkämpfung des Sozialismus vereinigen wie auch gleichzeitig alle Vorbereitungen zur Uebernahme der kapitalistischen Wirtschaft und deren Ueberleitung zum sozialistischen Gemeinwesen treffen und sich dann selbst zu einem das ganze Wirtschaftsleben tragenden Organismus fortzubilden.

Die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erkennt die vorstehenden Grundsätze an und ist bereit, eine diesen Grundsätzen entsprechende neue Kampf- und Organisationsgrundlage für den Verband zu schaffen. Sie lehnt jede Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ab und erkennt nur das durch die wirtschaftlichen Kämpfe erforderliche Verhandeln an.

Der Vorstand wird ermächtigt, sofort die erforderlichen Vorbereitungen zur Schaffung eines alle Hand- und Kopfarbeiter der Metallindustrie erfassenden Industrieverbandes zu treffen, und zu diesem Zwecke die notwendigen Verhandlungen zu pflegen."

Es folgte eine längere Diskussion.

Abendsitzung.

Die Aussprache über die Frage Arbeitsgemeinschaft oder Rätesystem war sehr ausgedehnt. Es wurde heftig um die verschiedenen Meinungen gestritten. Bei der

Abstimmung,

die namentlich ist, wurde die Entschließung Müller mit 194 gegen 129 Stimmen angenommen.

Zu der Resolution Dißmann zum Geschäftsbericht hatte dieser einen Ergänzungsantrag eingebracht, wonach anerkannt wird, daß die sich auf die innere Organisation beziehenden Sätze der Entschließung eigentlich eine Statutenänderung bedeuten und durch einfache Mehrheit nicht bindend beschlossen werden können. Sie sollen nur eine Willenskundgebung des Verbandstages darstellen. In namentlicher Abstimmung wurde die Entschließung Dißmanns ebenfalls mit 194 gegen 129 Stimmen angenommen. Der Verbandstag verwarf damit Haltung und Politik der Generalkommission und des Vorstandes während und nach dem Krieg und sprach sich für das Rätesystem aus.

Ein Antrag auf Sperrung der Beiträge für den Gewerkschaftsbund wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Von den übrigen, sehr zahlreich zum Vorstandsbericht vorliegenden Anträgen wurden die meisten dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Annahme fand ein Antrag, daß in der Schwereisenindustrie die Frauenarbeit zu beseitigen ist.

Ein Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes verursachte einen stürmischen Zusammenstoß, als Marx-Dresden sagte, er könne es der Regierung im Hinblick auf die unerhörten Treibereien der Kommunisten und „Unabhängigen" nicht verdenken, wenn sie den Belagerungszustand bestehen lasse. Nach heftigen Erwiderungen von seiten der Opposition und einer Erklärung von Haas-Köln, die Voraussetzung für die Aufhebung des Belagerungszustandes müsse sein, daß die Linksradikalen ihre Gewaltpolitik aufgeben, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Bekenntnis eines alten Sozialisten.

In der „Deutschen Tageszeitung" „bekennt" ein „alter Sozialdemokrat", daß die Sozialdemokratie durch den Streit der pflaumenweichen Radikalen und Unsinnigen den Arbeitern vollkommen verekelt sei; die Arbeiter würden durch die gegenseitige Verhetzung und Beschimpfung verrückt gemacht. Es werde nicht eher besser, auch nicht mit Arbeitslust und Arbeitsleistung, ehe die Arbeiter nicht alle Parteiführer zum Teufel jagten und eine neue sozialistische Partei, frei von allem Eigennutz der Revolutionsmacher, gründeten.

Natürlich unter dem Patronat der „Deutschen Tageszeitung"! Hat etwa Herr Kloth, der frühere Vorsitzende des Buchbinderverbandes, statt in der „Arbeitgeberzeitung" wieder einmal im Agrarierblatt sein Licht leuchten lassen? Amüsant ist an der ganzen Auslassung nur, daß jetzt die Reaktionäre die Parole der Einigung über die Köpfe der Führer hinweg aufnehmen. Dumm und reaktionär genug ist die Parole dazu.

Ebert über das Deutschtum im Osten.

Anläßlich seines Besuches der Ausstellung für oberschlesische Arbeit und Kultur in Breslau hielt Reichspräsident Ebert im Landeshause eine Rede. Er sagte aus: „Die Reichsregierung kenne keine größere Sorge, als Oberschlesien, das kostbarste Kleinod aus dem Reichsschatze der deutschen Lande, Deutschland zu erhalten. Jeder Deutsche muß die Lostrennung Oberschlesiens als ein schweres und bitteres Unrecht empfinden, das wir mit allen Mitteln zu verhindern suchen müssen. Oberschlesien soll und muß deutsch bleiben". — Auf der Fahrt des Reichspräsidenten von der Breslauer Ausstellung nach dem Landeshause stürzte am Oderufer ein Wagen um. Der Vizepräsident der Nationalversammlung Loebe und der Abgeordnete, Pfarrer Ulitzka, wurden leicht verletzt. Zwei Passanten, die mit unter den Wagen geraten waren, erlitten schwere Verletzungen.

Der deutsche Zusammenbruch.

Wie die „Rheinische Zeitung" berichtet, hielt der Kölner Brückenkopfoffizier Hauptmann Schwind beim Empfange der Kriegsgefangenen eine Begrüßungsrede, in der er die Kameraden an den Geist von 1914 erinnerte, an die Tage der Not und Qual, in denen das deutsche Volk seine Kraft bewiesen habe: „Aber wir standen gegen eine Welt von Feinden, und so kam es, wie es kommen mußte. Es ist falsch, daß die Kraft des Heeres durch die Heimat zermürbt worden sei. Wir konnten nicht mehr. Wir waren müde geworden. Es ist auch nicht wahr, daß wir es noch hätten schaffen können, wenn wir noch eine Weile ausgehalten hätten. Unterlegen wären wir doch."

Die Reichsschulvorkonferenz.

In der Reichsschulvorkonferenz wurden Mittwoch die Bestimmungen der Verfassung über den Arbeitsunterricht und Staatsbürgerkunde besprochen. Die Länder sollen verpflichtet sein, diese Fächer in den Schulen einzuführen. Die Regelung des Religionsunterrichts soll den Ländern überlassen werden. Der Religionsunterricht soll nicht grundsätzlich aus den Schulen entfernt werden. Bezüglich der Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht soll eine ausdrückliche positive Willenserklärung der Erziehungsberechtigten nicht gefordert werden. Die Erklärung auf Befreiung vom Religionsunterricht soll in der einfachsten Form vorgebracht werden können. Der Reichsminister Koch schloß die Vorkonferenz mit den Worten der Befriedigung über den erfolgreichen Verlauf. — Die Kultusminister der Freistaaten hielten Dienstag im Anschluß an die Vorkonferenz zur Reichsschulkonferenz eine Sondersitzung ab, in der sie sich zunächst mit den politischen Schülerverbänden beschäftigten. Es herrschte Uebereinstimmung, daß die Schule politisch neutral bleiben müsse, und daß mithin innerhalb der Schule Parteipolitik nicht getrieben werden dürfe. Sodann wurde u. a. beschlossen, den Beginn des Schuljahres im Frühjahr möglichst am 1. April durch eine reichsgesetzliche Regelung zu erstreben.

Die Reichswehr muß unpolitisch sein.

Der Wirtschaftsverband der deutschen Berufssoldaten hielt Mittwoch in Berlin eine Konferenz ab, der Noske als Gast beiwohnte. Die Unteroffiziere baten den Minister, den Kapitulantenzeugnissen für Sonderkurse staatlichen Charakter zu verleihen. Als Träger des Volksheeres wollten sie keine Politik treiben, verlangten aber, wie bisher, den Zivilversorgungsschein und Staatsbürgerrechte. Der Reichswehrminister erwiderte darauf: Jeder Volksgenosse müsse mit einer unsicheren Zukunft rechnen, denn wir wissen nicht einmal, wie in einem halben Jahr die politische Lage aussehen wird. Auf papierne Zeugnisse gebe ich gar nichts. Die Tüchtigkeit des Mannes ist ausschlaggebend. Wer sich mit seiner ganzen Manneskraft einsetzt, der wird auch durchdringen. Mit äußerstem Mißtrauen werde ich zusehen, wenn Ihr Verband etwa die Reichswehr auf eine gewerkschaftliche Grundlage stellen will. Dann würden sie mich als einen entschlossenen Gegner finden. Die neue Reichswehr darf keine Gewerkschaft werden. Die Truppe muß unpolitisch sein.

Die Wahlen in Birkenfeld.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Birkenfeld, daß die in der Provinz Birkenfeld abgehaltenen Gemeinderatswahlen 10 Sitze für die vereinigten politischen Parteien, 2 für die „Unabhängigen" und nur drei für die Republikpartei und die Partei der Regierung Zoeller ergaben.

Kleine politische Nachrichten.

Als Führer der Delegation zur Washingtoner Arbeiterkonferenz ist nach den „P. P. N." der frühere Staatssekretär Dr. August Müller in Aussicht genommen. Die deutschen freien Gewerkschaften werden, nachdem der Vorsitzende Legien aus Zweckmäßigkeitsgründen eine Beteiligung abgelehnt hat, durch den zweiten Vorsitzenden Graßmann vertreten sein. Auch die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine werden durch je einen Delegierten vertreten sein. Der Vertreter der Arbeitgeber ist noch nicht bestimmt, nachdem Herr von Borsig eine Teilnahme abgelehnt hat.

In den nächsten Tagen wird der polnische Ministerrat die Verfassung für das Posener Gebiet festlegen. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird das Posener Gebiet in der Warschauer Regierung von 2 Ministern, in Posen selbst von 4 Sektionschefs geleitet werden.

An der Schweizer Grenze wurden nach Schweizer Blättern kommunistische Kuriere verhaftet, bei denen angeblich Briefe gefunden wurden, die auf eine Aktion in den kommunistischen Organisationen für die Zeit vom 7.—9. November schließen lassen.

Nach dem „Avanti" wurde der frühere italienische Ministerpräsident Salandra, der am Montag eine Wahlrede in St. Fevere halten wollte, von den anwesenden Sozialisten niedergeschrieen und mit Steinen beworfen. Salandra wurde durch Steinwürfe am Kopf schwer verletzt.

Wie die „P. P. N." erfahren, ist in der letzten Sitzung des Preußischen Staatsministeriums ein Beschluß herbeigeführt worden, das Heroldsamt aufzulösen. Für alle Anordnungen betreffs Namensänderung ist in Zukunft allein das Justizministerium zuständig.

Durch die Militärpolizei in Waldenburg wurden im schlesischen Grenzstädtchen Friedland die beiden Polizeibeamten Janusch und Nicke und der Bezirksgendarm Matuschek, sowie der Zollassistent Karsch und der Zollaufseher Riegel verhaftet wegen gemeinsamer Vorschubleistung großer Warenschiebungen nach Böhmen unter Mißbrauch der Amtsgewalt.

Der Polizeidirektor Tappe in Braunschweig ist wegen der nächtlichen Vorgänge der letzten Tage, namentlich aus Anlaß des Handgranatenangriffs auf das Kreisgefängnis, wegen völliger Unbrauchbarkeit seines Amtes enthoben worden. Zu seinem Nachfolger wurde Kreisdirektor Hoffmeister in Holzminden ernannt. Mit dem Dreher Tappe ist die letzte Säule der Moreck-Oerterschen Herrlichkeit beseitigt.

Pariser Blätter zufolge sind in lothringischen Industrieorten etwa 100 Deutsche wegen angeblicher deutscher Propaganda verhaftet worden.

Amerikanische Truppen werden vor der Ratifizierung des Friedens durch den Senat nicht nach Oberschlesien kommen.

Seit 1914 sind in Frankreich 15 890 Fälle von Beschlagnahmen und Sequestrationen deutschen Eigentums vorgenommen worden.

Oesterreich.

Die Anschlußpolitik Deutschösterreichs.

Die neuesten Erklärungen der Wiener Regierung zeigen, daß Deutschösterreich an eine staatsrechtliche Verbindung mit den anderen, auf dem Boden der früheren Donaumonarchie entstandenen Staaten nicht denkt; eine Donauföderation kommt also nicht in Frage, zumal eine solche ja auch von den Tschechen und Südslawen abgelehnt wird. Deutschösterreich setzt also seine ganze Hoffnung auf den Völkerbund, und es erwartet einzig und allein vom Völkerbund die Lösung, die seinen Interessen wirklich gerecht wird.

Der staatliche Aufbau.

Die Nationalversammlung beriet eine Vorlage über die Staatsform. Nach diesem Gesetz wird Deutsch-Oesterreich gemäß dem Vertrag von St. Germain die Bezeichnung „Republik Oesterreich" tragen. Ferner wird die deutsche Staatssprache, unbeschadet der den sprachlichen Minderheiten eingeräumten Rechte, festgelegt. Die Bestimmungen der Novemberverfassung und des Märzgesetzes, wonach Deutsch-Oesterreich Bestandteil des Deutschen Reiches ist, werden aufgehoben. Die Nationalversammlung nahm schließlich in allen Lesungen die Vorlage betreffend Vornahme einer außerordentlichen Volkszählung bis zum 31. Dezember 1919 an.

Rumänien.

Die Wahlen.

Nach einem im „Monitorul Official" erschienenen Gesetz wurden die Wahlen für die Kammer auf den 2. bis 4. November verschoben, jene für den Senat auf den 7. und 8. November.

Italien.

Cattaro von den Italienern geräumt.

Der „Tribuna" zufolge räumten die italienischen Truppen Cattaro, das zur Basis für die südslawische Marine bestimmt ist.

Wiederaufnahme des deutsch-italienischen Schiffsverkehrs.

In Genua traf als erster deutscher Ueberseedampfer seit dem Eintritt Italiens in den Krieg das Schiff „Cette" der Hamburger Reederei Sloman mit einer Ladung von Werkzeugen, Maschinen und anderen deutschen Erzeugnissen ein.

Frankreich.

Ein Schutzgesetz für die französische Währung.

Das Amtsblatt veröffentlicht ein Gesetz, das die Einschmelzung oder sonstige Entwertung der nationalen Währung mit schweren Strafen belegt. — Diese Maßregel ist durch das in der letzten Zeit bemerkbare Verschwinden des Hartgeldes nötig geworden.

Die sozialistischen Kandidaten für die Kammer.

Die sozialistischen Vereine von Paris und Umgebung haben ihre Kandidatenliste für die bevorstehenden Kammerwahlen aufgestellt. Die Abgeordneten Mozier, Dejanne, Navre und Favre, die auf dem rechten Flügel der Partei stehen und für sämtliche Kriegsausgaben gestimmt haben, sind sämtlich in die Liste aufgenommen worden, die einen entschiedenen Zug nach links trägt und u. a. auch neue Namen, darunter denjenigen des Hauptmanns Sadoul aufweist, der, wie man sich erinnert, im Anschluß an eine offizielle Mission im Auslande dort geblieben ist und sich den Bolschewisten angeschlossen hat. Die Liste der sozialistischen Kandidaten in Paris bedarf noch der Zustimmung des Seine-Verbandes, der Montag tagte.

Wiederaufbau der Handelsflotte.

Die Kammer bewilligte, bevor sie auffloog, nach lebhafter Aussprache eine Milliarde 230 Millionen Franken für den Wiederaufbau der französischen Handelsflotte.

Hafenarbeiterstreik in Marseille.

TU. Marseille, 21. Oktober. Die hiesigen Hafenarbeiter erklärten heute den Generalstreik. Der Dampfer „Manuba" konnte infolgedessen den Hafen nicht verlassen.

Finnland.

Bevorstehender Rücktritt des Präsidenten.

„Echo de Paris" meldet aus Stockholm: Nach Berichten aus Helsingfors gilt die Stellung des Präsidenten Stahlberg als stark erschüttert. Die Hauptursache soll in dem katastrophalen Sinken der finnischen Mark zu suchen sein.

Theater und Musik.

Kammermusikverein. Die Gründung des Kammermusikvereins bedeutet zweifellos eine Bereicherung unseres musikalischen Lebens. Nichts geht über die Pflege guter Kammermusik. Es ist geradezu erstaunlich, weshalb nicht schon längst aus der Mitte des Orchesters des Vereins der Musikfreunde eine Kammermusikvereinigung herausgewachsen ist. Vielleicht ist die Ursache darin zu suchen, daß der Klavierpartner fehlte. Vielleicht auch darin, daß dieses private Orchester mehr oder weniger Wandlungen in der Zusammensetzung unterliegt, während gerade die Kammermusik Musiker verlangt, die aufeinander auf das peinlichste eingespielt sind. Wie dem nun aber auch sei, der Kammermusikverein ist da und hat Mittwoch im Logensaale in der St. Annenstraße seine Visitenkarte abgegeben. Etwas eigenartig berührte es, daß im ersten Programm weder Mozart, noch Beethoven vertreten waren, obschon sie doch die stärksten Säulen der Kammermusik sind. Man überließ vielmehr C. M. v. Weber den Vortritt, der ganz gewiß ein großer Musiker war, aber dessen stärkste Seite wirklich nicht die Kammermusik war. Gespielt wurde sein Trio in G-moll (Op. 63). Nichts Aufregendes und nichts Anregendes. Sozusagen eine musikalische Nichtigkeit, wenn nicht die Flöte etwas Leben in die Bude brächte. Hinzu kam, daß durch die Art der Wiedergabe diese Nichtigkeit nicht gerade gewann. Auch dem weniger Musikalischen mußte sich die Empfindung aufdrängen, daß das Trio noch zu wenig in einander verwachsen war. Ganz vorzüglich spielte Herr Tiburksy auf seiner Flöte, und es war wirklich eine Freude, ihn zu hören. Aber Herr Dr. R. v. Alpenburg, der am Bechsteinflügel saß, war uns im Anschlag viel zu hart, auch mußte er sich zu wenig unterzuordnen, was dem ganzen nicht gut zu statten kam. Herr Schöppl, der dritte Mann im Trio, handhabte sein Cello virtuos, nur schade, daß der Ton seines Instruments zu kratzig ist. Diesem nicht gerade erfreulichen Anfang folgte ein um so besseres Mittelstück: Mendelssohns Streichquartett in Es-dur (op. 12) für zwei Violinen, Viola und Violoncello. Es gibt manchen, wie z. B. den alten Herrn im weißen Bart, der unmittelbar hinter uns saß, der da glaubt, über Mendelssohn schon hinaus zu sein und ihn deshalb über die Achsel ansehen zu können. So ist es aber nun ganz und gar nicht. Nicht bloß seine Oratorien sind von bleibendem Bestand, auch seine Kammermusik ist nicht so ganz ohne. Freilich nach Leidenschaft wird man in ihr vergeblich suchen — Mendelssohn war nun einmal kein Beethoven. Auch die sonnige Heiterkeit Mozarts fehlt ihm. Aber leichter Fluß und quellende Melodik sind auch Eigenschaften, die wahrlich nicht zu verachten sind. Daran fehlt es aber bei Mendelssohn nicht, wie die Canzonetta und das Andante in dem gespielten Quartett beweisen. Die Wiedergabe war ganz ausgezeichnet. Die Herren Balfoort (erste Violine), Graszynski (zweite Violine), Leidner (Viola) und Schöppl (Cello) traten in edlen Wetteifer, ihr Bestes herzugeben, und erreichten auch ihr Ziel. Es war ein wirklicher musikalischer Leckerbissen, den sie ihren Zuhörern darboten. Die Note la wollen wir ihnen darum auch nicht vorenthalten. Nach löblichem Brauch hatte man das Beste bis zuletzt aufgehoben: Franz Schuberts ganz reizendes, im buntesten Glanz der Farben prangendes Oktett für Streich- und Blasinstrumente in F-Dur (op. 166). Ein musikalischer Quickborn reiner Freuden! Trotz seiner gewaltigen Länge — wegen der eintreten Gassperrstunde mußte ein Satz sogar völlig ausfallen — tritt auch nicht eine Sekunde beim Hörer ein Gefühl von Müdigkeit auf. Ein bunter Kranz lieblichster Melodien wird uns gewunden und bildet ein Erquicken für unser Ohr. Auch hier war die Wiedergabe durchaus erstklassiger Art. Man spielte mit einem Feuer der Begeisterung, das auf den Zuhörer geradezu zündend und berückend wirkte. Unter der stillen Leitung des Herrn Balfoort, der seiner Violine wieder Töne von leuchtender Kraft zu entlocken wußte, waren an der Wiedergabe beteiligt die Herren Graszynski (zweite Violine), Leidner (Viola), Schöppl (Cello), Kolp (Kontrabaß), Sonntag (Klarinette), Stewien (Fagott) und Ramsch (Horn). Bravo, bravissimo! Für den zweiten Kammermusikabend im November stellt man uns Schuberts herrliches Forellenquintett in Aussicht. Wir freuen uns schon heute darauf. Nicht unerwähnt wollen wir noch lassen, daß das Programm des jetzigen Abends am 13. November im Gewerkschaftshause wiederholt werden wird. Freunde edler Musik unter unseren Lesern sollten sich diese Veranstaltung nicht entgehen lassen. Bei weiteren ähnlichen Veranstaltungen wird aber hoffentlich dafür Sorge getragen, daß Programme in hinreichender Zahl vorhanden sind. Mittwoch abend blieb über die Hälfte der Besucher ohne Programm. Wir selbst haben es nur der Freundlichkeit einer schönen Nachbarin zu verdanken, daß wir uns über die Vortragsfolge und die Ausführenden unterrichten konnten. Im übrigen wünschen wir dem Kammermusikverein, daß es ihm gelingen möge, sein hehres Ziel zu erreichen, Lübeck mit den Perlen der Kammermusik im weitesten Umfang bekannt und vertraut zu machen. Wir sagen aus übervollem Herzen Ja und Amen dazu.